

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Herbst 2017
Nr. 197, 46. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Zur Bundestagswahl

Am 24. September finden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt. Wirkliche Veränderungen sind nicht zu erwarten. Es ist vielmehr so, wie wir es schon vor der letzten Bundestagswahl 2013 dargelegt haben:

„Marxisten wissen, dass sich durch Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaft nichts Grundlegendes ändern wird, weder an den Macht- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen der herrschenden Kapitalistenklasse und den Lohnabhängigen, noch kommen solche Wahlen wirklich demokratisch zustande, angesichts der Medienmacht und des Geldeinsatzes der systemtragenden Klasse und ihrer Parteien.“

Doch obwohl sich die Parteien politisch immer mehr einander angleichen, gibt es noch gewisse Unterschiede, den Traditionen und der jeweiligen Klientel angepasst, wo über leere Versprechungen hinaus deren Interessen vertreten werden. Obwohl gerade unter Krisenbedingungen die ungünstigen Verhältnisse den Spielraum der Parteien einengen und alle potentiellen Regierungsparteien die Krisenlasten auf die Massen abwälzen werden, wird das Wahlergebnis den Rahmen für zukünftige gesellschaftliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen neu abstecken. In den zwar schwindenden, aber trotzdem noch vorhandenen Unterschieden der Parteien liegt die aktuelle Bedeutung von Wahlen, die wir trotz der generellen Rechtstendenz beachten und nützen sollten.“ (Arsti 180)

In der letzten Legislaturperiode ist allerdings ein Novum zu verzeichnen. Der Unmut über die gesellschaftlichen Bedingungen, die Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, beim Gesundheitssystem, die gefühlte Ohnmacht der „kleinen Leute“, die Angst vor Altersarmut traf auf die



Inhalt

Zur Bundestagswahl	1
In eigener Sache	2
Die AfD vor der Bundestagswahl	7
Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel	12
Das Kreuz mit der Tarifeinheit	17
Geist der Wehrmacht	19
Soziale Bauernrevolution	21
Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich	27
Impressum	2

Fortsetzung auf Seite 3

In eigener Sache

Wegen der bevorstehenden Bundestagswahl erscheint diesmal die „Arbeiterstimme“ etwas früher. Unser diesbezüglicher Artikel geht kurz auf die innenpolitische Lage ein und begründet, warum wir trotz mancher politischer Verschiedenheit zur Wahl der Partei „Die Linke“ aufrufen.

Mit der „AfD“ setzen wir uns gesondert auseinander. Wir drucken zu diesem Thema einen Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ 3/4-2017 mit dem Titel „Die AfD vor der Bundestagswahl“ ab.

Der G 20-Gipfel und die dortigen skandalösen Vorkommnisse bei den Gegendemonstrationen und die nachfolgend inszenierte Haßkampagne gegen alle Linken durch die Staatsorgane, die bürgerlichen Parteien und Medien ist ein weiteres Thema. Dieses wird freilich noch weiterer Diskussionen bedürfen, auch in der radikalen Linken.

Die nachfolgenden Gerichtsurteile wurden mit unverhältnismäßiger Härte gefällt. Andererseits hat die Polizei im Vorfeld ausgesprochene Gerichtsurteile negiert; wieder mal ein Beispiel für Klassenjustiz und Polizeiwillkür.

Das Bundesverfassungsgericht hat über die Gültigkeit des Tarifeinheitsgesetzes entschieden und die Hauptstoßrichtung gebilligt. Damit werden grundlegende Gewerkschaftsrechte und auch das Streikrecht weiter eingeschränkt. Dabei haben einige DGB-Gewerkschaften mit ihrem Konkurrenzdenken eine unrühmliche Rolle gespielt. Ein kompetenter Kritiker gibt uns Einblick in diese komplexe Materie.

In den meisten Artikeln zum 500. Jahrestag der Reformation finden die Bauernkriege, wenn überhaupt, nur

ganz am Rande Erwähnung. Dabei hat ihr schrecklicher Ausgang revolutionäre Bewegungen Jahrhunderte lang negativ belastet: „Geschlagen gehen wir nach Haus, die Enkel fechten's besser aus.“ Leider hatten auch nicht die Enkel die Kraft und die Möglichkeiten dazu. Unser Artikel soll ins Bewußtsein rufen, wo die Reformation ihre Grenzen hatte und welche Erstarrung für Jahrhunderte dadurch eingetreten ist,

Unser britischer Genosse berichtet über die Parlamentswahlen im Brexitland Großbritannien. Ein Nachdruck aus dem „Freitag“ spießt den „Geist der Wehrmacht“ auf und nimmt sich der faschistischen Verstrickungen in der Bundeswehr an. Ein Nachdruck aus dem „Freitag“ spießt den „Geist der Wehrmacht“ auf und nimmt sich der faschistischen Verstrickungen in der Bundeswehr an.

Am 6. Juni verstarb in Bremen Genosse Erich Kassel im Alter von fast 74 Jahren. Er setzte sich Zeit seines Lebens unermüdlich für die Interessen der Lohnabhängigen ein. Erich gehörte zu jenen Gewerkschaftern, die, besonders bei den Auseinandersetzungen in der Klöckner-Hütte, den sozialpartnerschaftlichen Kurs der dortigen IG Metall zu überwinden suchten. Seinen entschiedenen Kampf für den Sozialismus führte er, zusammen mit seiner Frau Traudl, im Rahmen der „Gruppe Arbeiterpolitik“, wo Ältere von uns ihn erleben durften.

In Leipzig konnte Genosse Ekkehard Lieberam am 27. August seinen 80. Geburtstag feiern. Nicht nur in der „Marxistischen Linken“, vor allem auch in der Partei „Die Linke“ setzt er sich unermüdlich für ein Festhalten an sozialistischen Grundsätzen und

Zielen ein. Wir wünschen ihm darin Erfolg und persönlich noch viel Kraft!

Für den Teil unserer Zeitschriftenbezieher, der aus technischen Gründen im Juniversand nicht die üblichen Jahres-Zahlscheine erhielt, legen wir sie diesmal bei und hoffen auf eure Unterstützung. Es lässt sich wahrscheinlich nicht vermeiden, dass manche Bezieher Zahl scheine doppelt erhalten.

Für die erhaltenen Überweisungen bedanken wir uns herzlich, besonders für einige großzügige Spenden!

Die Jahreskonferenz unserer Gruppe findet wieder in Nürnberg statt; heuer schon am 7. und 8. Oktober! Als Tagesordnungspunkte sind vorgesehen:

- Das Ergebnis der Bundestagswahl und die möglichen Folgen für die Innenpolitik;
- Die Zuspitzung der Lage in der Türkei und die Auswirkungen auf das deutsch-türkische Verhältnis;
- Eine neue linke Bewegung in Europa? Das Beispiel England

Auch an der Linken Literaturmesse am 17. bis 19. November in Nürnberg werden wir uns wieder beteiligen.



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



von Pegida geschürte Fremdenfeindlichkeit, die Hetze gegen Flüchtlinge mit dem einhergehenden Nationalismus. Dies hat ein Klima geschaffen, unter dem eine Partei wie die AfD mit teilweise zweistelligen Prozentzahlen in 13 Landtage gewählt wurde. Zwar wird sie dort noch isoliert, treibt aber mit ihrer Stimmungsmache die anderen Parteien vor sich her und verschiebt damit die Politik weiter nach rechts.

Mit der AfD wird eine Partei in den neuen Bundestag einziehen, die mit ihren Inhalten weit rechts von CDU/CSU zu verorten ist und der verschiedenen Umfragen zufolge durchaus Chancen eingeräumt werden, nach CDU/CSU und SPD drittstärkste Kraft und damit Oppositionsführerin im Bundestag zu werden – eine wahrliches Horrorszenario. Mit der AfD setzen wir uns in einem eigenen Artikel „Die AfD vor der Bundestagswahl“ auseinander. Dieser Artikel ist ein Nachdruck aus der aktuellen Nummer der „Arbeiterpolitik“.

Vergleicht man Deutschland mit anderen Ländern der EU, dann scheint, nach der offiziellen Lesart, alles gut zu funktionieren. Industrie und Unternehmen melden laufend neue Rekordzahlen, die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand, in Sachen Umweltschutz gibt Deutschland vor, eine Spitzenposition in der Welt einzunehmen. Deutschland verfügt über ein Gesundheitssystem, um das es viele

andere Länder beneiden, die Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland mit seiner „Willkommenskultur“ aufgenommen hat, sucht ihresgleichen in der EU. Es scheint keine großen Probleme zu geben, was sich auch im „Wahlkampf“ niederschlägt. Die größeren Regierungsparteien CDU/CSU steigen deshalb auch mit einem deutlichen „Weiter so“ in den Ring – ja keine Veränderungen. Die SPD als kleinere Regierungspartei tut zur Zeit so, als stünde sie in fundamentaler Opposition zur Bundesregierung, in der sie jedoch alle Gesetze mitgetragen hat. Zugeschnitten ist der „Wahlkampf“ der Parteien nur auf die beiden führenden Personen Angela Merkel und Martin Schulz. Schulz vollführt eine Art Schattenboxen; er greift Merkel immer wieder an, aber die lässt sich davon nicht beeindrucken. Sie greift keinen der Angriffspunkte ihres Herausforderers auf und lässt dessen Kritik so verpuffen. Sie verfährt nach der Devise: Warum etwas ändern, was sich bewährt hat?

Mit dieser Haltung scheint Merkel auch den Nerv der Deutschen getroffen zu haben.

Die Scheu vor Veränderungen herrscht auch bei einem großen Teil der Wählerinnen und Wähler vor. Nur keine Veränderungen und Experimente – schon gar nicht in eine linke Richtung.

Kritische Inhalte haben in einem solchen „Wahlkampf“ keinen Platz. Themen, die die herrschende Poli-

tik in Frage stellen könnten, werden tunlichst vermieden; so zum Beispiel die Ergebnisse neuer Studien zur Vermögensverteilung oder des Armutsberichts der Bundesregierung (sogar in seiner geschönten Form). Hier nur einige wenige Inhalte daraus:

Der materielle Wohlstand ist in Deutschland deutlich ungleicher verteilt als in anderen Industrienationen. Das geht aus dem Sozialbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Die ärmsten 60 Prozent kommen demnach lediglich auf sechs Prozent des gesamten Vermögens.

Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen laut der Studie hingegen über beinahe 60 Prozent des gesamten Nettohaushaltsvermögens. Dieser Wert liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 50 Prozent. Darüber hinaus sind in Deutschland besonders viele Haushalte überschuldet.

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung selber kommt zu dem Ergebnis, dass die reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Vermögens besitzen, „die untere Hälfte nur ein Prozent“, erläuterte Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) jüngst. Von dem seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland profitieren danach vor allem die Reichen. „Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015

real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre“, so die Ministerin.

Längst überfällig wäre auch in diesem Gesellschaftssystem demzufolge eine sozial-, beschäftigungs-, bildungs- und wohnungsbaupolitische Offensive, die sich auf die Hauptbetroffenengruppen (Wohnungs-, Obdach- und Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende und ihre Kinder, Familien mit Migrationshintergrund, besonders die Geflüchteten, Menschen mit Behinderungen sowie Senioren, vor allem Frauen), konzentriert und auf der Zielprojektion einer inklusiven Gesellschaft basiert.

Diese Themen sollen aber im „Wahlkampf“ anscheinend keine Rolle spielen, damit das Wahlvolk nicht doch noch auf den Gedanken kommt, dass auch in Deutschland einiges in Schieflage ist.

Lediglich Die Linke billigt diesen Themen die entsprechende Wichtigkeit zu und greift sie in ihrem Wahlprogramm auf. Für den Arbeitsmarkt fordert sie einen Mindestlohn von 12 €, die Abschaffung der Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen sowie eine Arbeitszeitreduzierung auf 30 Stunden pro Woche. Hartz IV soll durch eine Mindestsicherung von 1.050 € ohne Sanktionen ersetzt werden. Zur Vermeidung von Altersarmut soll das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent steigen. Sie wendet sich gegen die Spekulationen mit Wohnraum und tritt für eine wirkliche Mietbremse ein, die den Namen auch verdient. Zur Bekämpfung der Kinderarmut möchte Die Linke das Kindergeld auf 328 € erhöhen; die Bildung von der Kita bis zur Universität gebührenfrei machen. Sie tritt ein für kostenfreies gesundes Mittagessen und freie Fahrt in Bus und Bahn. Eine Kindergrundsicherung von 564 € soll alle Kinder und Jugendlichen sicher vor Armut schützen. Im Gesundheitsbereich soll durch eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle mit allen Einkommen einzahlen, die „Zwei-Klassen“-Medizin abgeschafft werden. Die Beiträge sollen unter 12 Prozent betragen und paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gezahlt werden. Im Umweltbereich tritt die Linke dafür ein, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien und eine ökologische Verkehrswen-

de den Klimawandel stoppen sollen. Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung will die Partei beenden.

Die Linke bezeichnet sich als eine Partei des Friedens. Sie hat als einzige Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und will das auch in Zukunft nicht tun. Die Bundeswehr soll schrittweise aus Auslandseinsätzen abgezogen werden, es soll abgerüstet werden und die Militärausgaben sollen deutlich sinken. Bundeswehr-Einsätze im Innern lehnt Die Linke entschieden ab.



Dieses Wahlprogramm unterscheidet sich wohltuend von denen der anderen Bundestagsparteien. Damit erhofft sich die Partei einen Politikwechsel mit einer „linken“ Regierungsmehrheit. Das allerdings ist ein Traum, der zwar in Der Linken scheinbar immer noch geträumt wird. SPD und Grüne dagegen haben ihn schon längst ausgeträumt, vielleicht muss man sagen: zum Glück für Die Linke. So kommt sie nicht in die Breddouille, in einer Koalition mit diesen beiden Parteien (verantwortlich für Kriegseinsätze und die Agenda 2010) ihre linken Positionen aufzugeben; denn dass es nahezu kein Halten gibt, wenn es um die vermeintliche Regierungs-„macht“ geht, sieht man in den meisten Landesregierungen, an denen Die Linke beteiligt ist und meint, so „Politikfähigkeit“ beweisen zu müssen.

Realitätsfern erscheint der Traum von einer Regierungsbeteiligung Der Linken angesichts der Bewusstseinslage der Wählerinnen und Wähler.

Hierzu ein Zitat von E.K., einem unserer Autoren, aus einer seiner Einschätzungen zum Parteitag Der

Linken Anfang Juni: „Ein weiteres Faktum fehlt zudem in Gänze. Es existiert im Lande im Sinne einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums keinerlei nennenswerte politische Wechselstimmung nach halblinks, bzw. in Richtung einer grundlegenden Reformagenda. Die Zeichen stehen auf Sicherung der Pfründe derjenigen, die genug haben und noch mehr wollen. Diese neoliberale, kapitalistische Gesellschaft kann (noch) gut damit leben, dass es etwa einem Drittel sozial keineswegs gut geht, die zwischen acht bis zehn Millionen Betroffenen samt Angehörigen (davon etwa zwei Millionen Kinder in

Armut!) in überwiegend prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen feststecken und um das Existenzminimum herum dümpeln. ... Vor allem aber gibt es keine große Partei, die sich gegenwärtig eine solche Reformagenda auf die Fahnen schreiben würde, auch wenn die SPD immer und gerade wieder aktuell diesen Eindruck erwecken will. Und mit Wertkonservativen wie der Grünen-Sprecherin Göring-Eckardt, die bereits auf konservativ-liberale Koalitionsalternativen schielen, wird das auch keine grüne Partei tun.“ ... Trotz allem ist es „für eine sich als dezidiert links sich verstehende Partei auch keine Schande und kein Fehl, wenn sie weiter ein vernehmbares Sprachrohr in der Opposition ist und der Regierung und der Politik im Berliner Reichstag genau auf die Finger schaut.“

Nun ganz kurz zu einigen zentralen Aussagen der anderen Parteien:

CDU und CSU legen im Bereich Arbeit und Soziales, um „Wohlstand und Sicherheit für alle“ zu schaffen, ihren Fokus auf die Entlastung der Familien. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist wirklich ein alter Hut – wir haben gesehen und verspüren müssen, was das bedeutet.

Die SPD setzt in ihrem Wahlprogramm wieder einmal auf das Thema soziale Gerechtigkeit. Und zwar ist „Gerechtigkeit ... die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand“. Ein starker Sozialstaat ist das Ziel der SPD. Klingt ja ganz gut, allein wir wissen zu gut, was von sozialer Gerechtigkeit in einer SPD-Regierung übrig bleibt, wenn es der Wirtschaft nicht passt.

Bündnis 90/Die Grünen meinen, dass unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten offener und vielfältiger geworden ist und dass ihr das gutgetan hat. Sie werben daher mit dem Motto „Keine Toleranz gegenüber der Intoleranz“ und mit dem Thema Chancengleichheit. Sie stellen sich gegen die Armut in Deutschland und für eine bessere soziale Sicherung durch die „Bürger*innenversicherung“. Wie war das noch? Wer war denn an der Regierung beteiligt, als die Agenda 2010 und Hartz IV eingeführt wurden? Und wer hat die Bundeswehreinätze im Ausland wieder hoffähig gemacht? Ein weiterer Standpunkt der Grünen: Der Islam gehört zu Deutschland. Die FDP, die mit Hilfe einer gigantischen Unterstützungskampagne durch die deutschen Qualitätsmedien wahrscheinlich wieder in den Bundestag einziehen wird, hat sich etwas ganz „Neues“ ausgedacht, nämlich das „Vorankommen durch eigene Leistung“ und die „Potenziale und die Energie jedes Einzelnen“. Die „übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat“ müsse beendet werden. Sie ist damit grundsätzlich dafür, den Sozialstaat einzuschränken.

Genauer auf die Wahlprogrammen der bürgerlichen Parteien und ihre Wahlversprechen einzugehen, halten wir an dieser Stelle für überflüssig. Uns allen ist noch die Aussage von Müntefering im Ohr, dass es gemein ist, die Parteien an ihren Wahlversprechen zu messen.

Mögliche Regierungskoalitionen:

Unter Einbezug der aktuellen Sonntagsfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute ergeben sich folgende Möglichkeiten:

eine Fortführung der amtierenden Großen Koalition, wogegen sich sowohl Vertreter der Unionsparteien als auch der SPD aussprachen – zumindest vor dem Wahltag.

Möglich wäre auch eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen.

Unter Umständen könnten auch Koalitionen aus CDU, CSU und FDP oder CDU, CSU und Grünen eine Mehrheit im 19. Bundestag haben.

Der Arbeitsmarkt

Auf einen Aspekt soll allerdings noch genauer eingegangen werden und zwar auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt, auf der die Zufriedenheit der Deutschen mit ihrer Führung zum großen Teil fußt.

Auf den ersten Blick schauen die offiziell veröffentlichten Arbeitslosenzahlen ganz gut aus: ca. 2,5 Millionen Menschen, die der Statistik nach arbeitslos gemeldet sind. Das bedeutet 5,6 Prozent, eine Zahl, die im Kapitalismus schon fast Vollbeschäftigung bedeutet. Zu „verdanken“ ist das immer noch den „Reformen“ der Agenda 2010, die unter der SPD/Grünen Regierung von Schröder und Fischer durchgedrückt wurden. Diese gern veröffentlichten Zahlen sind jedoch Augenwischerei. Betrachtet man die – auch offen zugängliche – Statistik genauer, schaut es schon anders aus. Zusammen mit der verdeckten Arbeitslosigkeit waren von der wirklichen Arbeitslosigkeit nämlich heuer im ersten Halbjahr ca. vier Millionen Menschen betroffen. Das sind u.a. Leute in Eingliederungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Fremdförderung oder Menschen, die sich gar nicht arbeitslos melden usw. Dazu kommen noch die Lohnabhängigen, die zwar einen Arbeitsplatz haben, aber für diese Arbeit einen so geringen Lohn bekommen, dass sie davon nicht leben können: Sie sind arm trotz Arbeit. Dies trifft vor allem Minijobber und Frauen. Aber auch Vollzeitbeschäftigte und Fachkräfte sind immer häufiger auf Unterstützung angewiesen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. Betroffen sind hiervon, entgegen der gängigen Meinung, bei weitem nicht mehr nur gering qualifizierte oder Menschen ohne Ausbildung. Eine Anfrage der Linksfraction im Bundestag ergab, dass im August 2016 mehr als 52 Prozent der Aufstocker mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung als Fachkräfte arbeiteten; vier Prozent sollen demnach sogar in gehobenen Expertenpositionen und Spezialistenpositionen arbeiten.

Nach der Einführung des, in Unternehmerkreisen anfangs auch so verurteilten, Mindestlohns sank die Zahl der Aufstocker; obwohl der Mindestlohn in nahezu der Hälfte der Fälle unterlaufen wird.

Die Spaltung der Lohnabhängigen in Kernbelegschaften, Leiharbeiter und Arbeiter mit Werkverträgen führt nach dem klassischen Prinzip „Teile und herrsche!“ zu fortschreitender Entsolidarisierung.

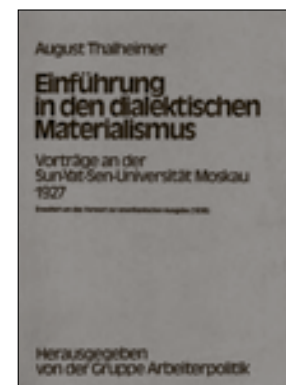
In einer weiteren Anfrage Der Linken, die sich auf die Leiharbeit bezog, räumte die Regierung Anfang August ein, dass es im Dezember 2016 fast eine Million Leiharbeitskräfte gab, 4,4 Prozent mehr als 2015. Seit 2013 ist hier ein Anstieg von 16,4 Prozent zu verzeichnen. Klaus Ernst von Der Linken schreibt dazu in einem Beitrag in den NN vom 9.8.17: „Leiharbeit ist organisierte Lohndrückerei, die mittlerweile eine fatale Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielt. Die Einzigen, die davon profitieren, sind die Arbeitgeber.“ Der Durchschnittslohn in der Leiharbeit liegt bei gerade einmal 58 Prozent des allgemeinen Durchschnittsbruttolohns.

Ernst weiter: „Von einer Brücke in reguläre Beschäftigungen kann keine Rede sein. Es handelt sich vielmehr

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

um eine Form prekärer Beschäftigung, die durch kurze, sich aneinanderreihende Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen geprägt ist.“ Der SPD warf er vor, 2016 die Chance verspielt zu haben, die Zeitarbeitsbranche schärfer zu regulieren, stattdessen habe sie die Lage per Gesetz noch verschlechtert.

Diese Entwicklungen schüren die Angst der Lohnabhängigen vor dem Abstieg und führen zur Entsolidarisierung.

Für die Gewerkschaften wird es in diesem Bereich immer schwieriger, Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.

Nun zu den Minijobs, in denen 7,4 Millionen Lohnabhängige in Deutschland arbeiten. Das heißt, jede fünfte abhängige Beschäftigung ist gering entlohnt. Wer als Minijobber arbeitet, darf maximal 450 € im Monat verdienen, zahlt keine Steuern und Sozialabgaben und kann sich von der Rentenversicherung befreien lassen. Das ist für viele auf den ersten Blick attraktiv – doch langfristig haben Minijobs massive negative Folgen. Sie sorgen für Ungleichheit, begünstigen den Fachkräftemangel und Schwarzarbeit und führen in die Altersarmut. Minijobber verdienen häufig unter dem Mindestlohn.

All diese beschriebenen Zustände auf dem Arbeitsmarkt werden bei der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenzahlen hintangestellt, bzw. nicht erwähnt. Sie haben unter den Lohnarbeitern zu massiven Verunsicherungen geführt, die Organisation durch die Gewerkschaften wird deutlich schwieriger. Die Unternehmer können auf eine große industrielle Reservearmee zurückgreifen, für die der Begriff der Solidarität ein Fremdwort ist; ein verheerender „Erfolg“ jahrzehntelanger neoliberalen Politik.

Auch die Zahl der Flüchtlinge, die Arbeit suchen, wird sich negativ auf das Lohnniveau auswirken.

Wenn in Deutschland auch immer mehr Menschen von Armut und Altersarmut bedroht sind und die Kinderarmut in einem so reichen Land wie Deutschland ein nicht hinnehmbarer Skandal ist, reicht die Empörung der Menschen noch nicht aus, die Verursacher auszumachen und für ihre tatsächlichen Interessen einzutreten. Die neoliberale Politik

der Bundesregierung – für die bis auf Die Linke alle im Bundestag vertretenen Parteien stehen – und die dadurch geschaffenen Bedingungen haben dazu geführt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, wie oben beschrieben, rasant in einem bis dato unbekannten Ausmaß wächst.

Der Mangel an Klassenbewußtsein innerhalb der Lohnabhängigen verstellt ihnen die Sicht auf die wahren Ursachen dieser Ungerechtigkeit, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem selber liegen. Verschleiert wird dies auch durch die Massenmedien und eine „Eventkultur“, die die Bevölkerung mit „Brot und Spielen“ abzuspeisen versucht – was auch gut angenommen wird. Noch nie haben Sport oder kulturelle Mammutveranstaltungen eine so gewichtige Rolle eingenommen wie in den letzten Jahren. Da kann es schon vorkommen, dass in den Nachrichten an erster Stelle darüber berichtet wird.

Die Herrschenden scheinen im Lande nahezu freie Bahn zu haben, so weiter agieren zu können wie bisher. Nicht einmal der „Dieselskandal“, der doch deutlich aufzeigt, dass Deutschlands Schlüsselindustrie nur auf eins aus ist, nämlich die Profitmaximierung, scheint die Menschen wachzurütteln. Die Reaktion des Staats besteht hauptsächlich darin, dafür zu sorgen, dass sie den Profit auch weiterhin realisieren können, Zweifel am kapitalistischen Wirtschaftssystem kommen nicht auf. Die Leute sind zwar von diesen Ereignissen enttäuscht und verunsichert, aber sie suchen nach dem Fehler im System; dafür, dass das System Kapitalismus selber der Fehler ist, fehlt das Bewusstsein. Als Schuldige werden wohl auch bald einige korrupte Manager, die den Kragen nicht voll kriegen konnten, ausgemacht werden – und das war's dann. Der deutschen Autoindustrie als Ganzes muss weiterhin vertraut werden – denn es kann einfach nicht sein, was nicht sein darf.

Noch nie in der Geschichte der BRD waren die Eingriffe und der Einfluss des Kapitals so unverhohlen, unverfroren und deutlich, wie in der letzten Legislaturperiode. Gesetzespassagen, ja ganze Gesetze wurden den Regierenden, sprich den Sachwaltern des Kapitals, in die Feder diktiert – noch nie traten Lobbyisten

in Deutschland so offen und so frech in Erscheinung wie in der letzten Zeit – vom EU-Parlament ganz zu schweigen.

Die Ursachen der Umverteilung von Unten nach Oben, das Abwälzen der Verluste und Lasten auf die Mehrheit bei gleichzeitiger Umverteilung der Gewinne in die Gegenrichtung waren noch nie so sichtbar und so bekannt wie zur Zeit – jedoch: Ohne Klassenbewußtsein ist die Arbeiterklasse einfach ein Nichts.

Der Artikel soll mit einem Zitat aus der Arbeiterstimme 180, mit dem unser Altgenosse damals seinen Wahlartikel enden ließ, schließen. Denn geändert hat sich an den Herrschafts- und Produktionsverhältnissen in der letzten Legislaturperiode nicht wirklich etwas.

„Eine von links durchsetzbare politische Alternative kann bei der bestehenden Schwäche der Arbeiterklasse nicht entstehen. Doch ist es durchaus des Kampfes wert, wie die Lasten verteilt werden und wegen der Bedingungen im Ringen um demokratische Rechte, im Widerstand gegen Konzernmacht und das Treiben der Rechtsradikalen.“

Die Partei Die Linke hat sich viele dieser Anliegen auf ihre Fahnen geschrieben. Sie ist die einzige Bundestagspartei, die sich scharf gegen die deutsche Aufrüstung, gegen Rüstungsexporte und gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung im Ausland wendet. Bereits das Bestehen der Linken übt einen gewissen Druck auf andere Parteien, besonders auf die SPD, aus.

Wir werden deshalb die Partei Die Linke kritisch unterstützen und rufen zur Wahl der Partei DIE LINKE auf!“



Die AfD vor der Bundestagswahl



Es ist sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht sicher, dass mit der AfD im Herbst eine neue Partei rechts von CDU/CSU in den Bundestag einzieht. Wie in anderen europäischen Ländern ist dieser Vorgang Ausdruck von Veränderungen, teilweisem (Italien, Frankreich) Verfall des bisherigen Parteiensystems. Am rechten Rand entwickelt sich eine Strömung, die von bürgerlichen PolitikerInnen und ihnen nahstehenden Medien als „rechtspopulistisch“¹ bezeichnet wird. In Gruppierungen der Linken (im weitesten Sinne) wird häufig der Begriff „faschistisch“ zur Kennzeichnung der Positionen der AfD verwendet. Nachdem es in der Geschichte der BRD zwar eine Reihe von rechts-

extremen Gruppierungen und Parteien (SRP – Verbot 1952, NPD – knapp gescheitert in der BT-Wahl 1969, Rep etc.) gegeben hatte, diese aber nie in den Bundestag gelangt waren und nach einem gewissen Aufstieg in der öffentlichen Wahrnehmung einen Wiederabstieg erlebt hatten, scheint sich mit der AfD (mittlerweile in dreizehn Landtagen vertreten) eine dauerhafte Präsenz abzuzeichnen, die auch einen starken Flügel faschistischer Kräfte umfasst.

Wo steht die AfD?

Es ist offensichtlich, dass die AfD viele Einzelpersonen und einige Strömungen in sich trägt, auf die die

Bezeichnung „faschistisch“ zutrifft. Darin drückt sich die tendenzielle Gefahr aus, die von dieser Partei ausgeht. Andererseits ist die Partei nicht in ihrer Gesamtheit faschistisch: Sie bewegt sich nicht in einem dafür passenden Umfeld und sie hat in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium weder den Charakter einer Massenbewegung noch die konsequente Zielsetzung der gewaltsamen Zerschlagung der Gewerkschaften und der diktatorischen Abschaffung der Rechte der Lohnabhängigen und des Sozialstaates (vgl. Kasten „Grundzüge des Parteiprogramms“). Das ist für die Gegenwart so festzustellen, für eine fernere Perspektive sagt das noch nichts. Da die AfD eindeutig autoritäre Lösungen propagiert, rassistische Auffassungen verbreitet und den Anspruch erhebt, in dieser Weise den ordnungspolitisch noch akzeptierten Parlamentarismus vor sich herzutreiben, ist ihre ideelle Geistesverwandtschaft mit faschistischen Kräften nicht zu leugnen. Sie vermeidet unter den gegenwärtigen Umständen, mit dem tabuisierten Nationalsozialismus identifiziert zu werden. Sie möchte möglichst breite Schichten des unzufriedenen Teils der Bevölkerung ansprechen. Der AfD gelingt das bisher in einem Ausmaß wie keiner anderen Gruppierung in der Geschichte der BRD. Das macht ihre Gefährlichkeit unter gegenwärtigen Bedingungen aus.

Ökonomische, soziale und politische Voraussetzungen

Die Auflösung der Sowjetunion und ihres sozialistischen Lagers haben die Welt grundlegend verändert und die Klassenverhältnisse auch auf nationaler Ebene neu positioniert. Der strukturpolitische Sieg des Kapitalismus über die bisherige Form sozialistischer Vergesellschaftung, der von den Herrschenden als „alternativlos“ hingestellt wird, hat auch in bisher systemoppositionellen Kreisen zu großer Resignation geführt. Dazu kommen Entwicklungen und Veränderungen in der kapitalisti-

¹ Der Begriff des Rechtspopulismus ist für die exakte politische und wissenschaftliche Analyse unbrauchbar. Er wird insbesondere von bürgerlichen PolitikerInnen und Medien verwendet, um Bedrohungen des bürgerlich-parlamentarischen Systemkonsenses abzuwehren. Dies gilt in deren Logik für „rechts“ wie „links“, die Bezeichnungen „Rechts-“ und „Linkspopulisten“ erlauben ihnen eine Gleichsetzung von rechts und links. Etwas anderes ist der Gebrauch als grober Sammelbegriff, ohne den manche Diskussion nicht auskommt. Letztlich sind „rechtspopulistische“ Parteien doch recht ähnlich. Die Wählerbasis ist untere Mittelschicht, bis in die Facharbeiterschaft reichend, wobei Männer mittleren Alters dominieren. Durchgängig alle diese Gruppierungen wenden sich gegen Ausländer, Flüchtlinge und diejenigen, die sie als „Gutmenschen“ begreifen.

schen Ökonomie selbst: Auflösung der Großbetriebe in kleinere Einheiten, Tariffucht der Unternehmer und ihrer Verbände, Schaffung eines Niedriglohnsektors mit gesetzlichen Mitteln und ökonomischem Druck, Anpassung der Gewerkschaften an diese Bedingungen statt des Versuchs, gegen zuhalten usw.

Die SPD als Regierungspartei und die Vorstände der Gewerkschaften haben sich den Kapitalisten zur Verfügung gestellt, um die Folgen der globalen Umbrüche und der Zurichtungen der nationalen Arbeitsmärkte auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Der zentrale Umbruch wurde von der SPD-Grüne-Koalition mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen vorgenommen. Seitdem haben sozialpolitische Transferleistungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente usw.) nicht mehr die Aufgabe, den Lebensstandard auch unter Bedingungen ohne Erwerbsarbeit halbwegs zu sichern. Sie werden vielmehr als Instrumente zur Verarmung und Disziplinierung der Lohnabhängigen genutzt. Die Schere bei den Einkommen und Vermögen in der Bevölkerung ging seitdem immer weiter auseinander. Untere Lohngruppen und Langzeitarbeitslose wurden mehr und mehr abgehängt und in dieser Lage gefangen. Die Verbitterung darüber wuchs.

Ohne eine Erklärung, wie diese Entwicklung mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zusammenhängt, befinden sich viele von sozialem Abstieg betroffene oder sich davon bedroht fühlende Menschen in Orientierungslosigkeit. Sie vertrauen der Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien nicht mehr, auch den Gewerkschaften nicht. Die antikapitalistische Linke ist für viele ebenfalls derzeit keine Option. So kann es kommen, dass frühere treue

Wählerschichten der SPD, der französischen SP und KP usw. heute zur AfD bzw. zum Front National laufen. Man sollte sich aber nicht täuschen: Den Zulauf und die Wahlerfolge rechter Parteien nur aus der sozialen Lage und angeblicher Alternativlosigkeit zu erklären, wäre zu einfach. Es müssen konkrete politische Bedingungen

aber in weiten Teilen der Öffentlichkeit so dargestellt (Hetze gegen die „faulen Griechen“, denen sie angeblich zugute komme; bekanntlich sah aber die arbeitende und erwerbslose griechische Bevölkerung von den „Hilfspaketen“ so gut wie nichts). Wirtschaftsliberale Kräfte wandten sich nach wie vor dagegen. Sie propa-

gierten nach wie vor ihr sozialdarwinistisches Weltbild, wonach ein Kapitalismus ohne Pleiten nicht möglich ist (soweit muss man als Linker sogar zustimmen, wenn auch natürlich mit ganz anderen Schlussfolgerungen) und daher das ökonomisch Schwache und Unterlegene nicht überlebensfähig ist. Aus dieser Welt konservativ-liberaler Wertvorstellungen kommt eben auch die AfD mit ihrem ursprünglich dominanten Lucke-Flügel. Es ist vor allem die Welt des Mittelstandes und der Mittelschicht, in der in der Krise entsprechende Abstiegsängste entstehen und rechtspopulistisch organisierbar sind. Die AfD wendet sich gegen sozial schwächer Dastehende und gegen fremd erscheinende Minderheiten.



hinzukommen.

Der Aufstieg der AfD ist nicht ohne die letzte Weltwirtschaftskrise (2007/8) zu verstehen. Diese Krise ging so tief, dass die Herrschenden eine gewisse Zeit lang sogar bereit waren, die Anwendung keynesianischer Methoden zu akzeptieren: Der Staat sollte eingreifen, damit der Schaden für die Gesamtwirtschaft nicht noch größer würde. Ein Beispiel war etwa die sogenannte „Abwrackprämie“, eine Subvention für die Autoindustrie. Der Kern der staatlichen Rettungsmaßnahmen war die bisher beispiellose Bankenrettung, bei der der Staat mit Hunderten von Milliarden einsprang, um das System zu retten. Diese war zwar im strengen Sinne nicht keynesianisch, wurde

Zur Gründungsgeschichte der AfD

Die AfD kommt ursprünglich aus wirtschaftsliberalen Zusammenhängen. Von Beginn an galt sie als eindeutig markoliberal in der Nachfolge der FDP, in den soziokulturellen Fragen als rechts von CDU/CSU. In ihrer Gründungszeit war sie professoral geprägt (Bernd Lucke, ursprünglich CDU) und wies als besonderes Markenzeichen eine wirtschaftswissenschaftlich hergeleitete Gegnerschaft gegen den Euro auf. Von Anfang an waren aber auch Nationalkonservative wie Alexander Gauland und Konrad Adam dabei, und Vertreter rechtspopulistischer und faschisti-

scher Strömungen, denen die AfD als ein neuer Kristallisationsfaktor erschien, sprangen auf den Zug auf. Dabei war, entsprechend dem Weltbild ihrer Gründer, der Weg der AfD nach rechtsaußen von Anfang an vorgezeichnet. Nachdem durch die sogenannten Rettungspakete für Griechenland der Euro-Krise in der deutschen Öffentlichkeit die Spitze genommen worden war, trat vorübergehend ein Niedergang in der Entwicklung der Mitgliedschaft und der Umfragewerte der AfD ein.

Im Sommer 2015 trat ein neuer Faktor auf, in dem das ganze rechte Spektrum eine Gefährdung für den nationalen Zusammenhalt Deutschlands erblickte: die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen aus überwiegend islamisch geprägten Kriegsgebieten. Die AfD wurde zum Sammelpunkt und Sprachrohr derer, die der Bundesregierung für deren taktisch flexible und von rationaler Staatsräson bestimmte Flüchtlingspolitik Rechtsbruch (vorübergehende Aussetzung des Dublin-Abkommens) und Verstoß gegen angeblich

deutsche Interessen vorwarf. Der Richtungswechsel zeigte sich im Juni 2015 durch die Wahl von Frauke Petry anstelle Luckes zur Vorsitzenden. Dieser verließ darauf hin mit seinem Anhang die AfD.

Auf dieser Woge gelangte die AfD in immer mehr Landtage. Hier kam es erneut zu dem Effekt, dass die von einer relativ doch recht kleinen, entschlossenen Gruppierung geschürte Proteststimmung in Teilen der Bevölkerung die parlamentarischen Parteien vor sich her trieb. Als besonders aktiv erwies sich dabei die CSU, die sich mit der AfD einen Schaukampf um die weitestreichende Radikalität lieferte. Auf der Straße spielte diese Rolle PEGIDA. Widerwärtige Höhepunkte lieferte die AfD in dem von Petry und Storch geforderten Schießbefehl auf Flüchtlinge an der Südgrenze der EU, dem Umgang mit einem Holocaustleugner in ihrer Fraktion im baden-württembergischen Landtag und immer wieder Björn Höcke mit seinen Äußerungen und seinen Kontakten in offen faschistische Kreise.

Nach all dem wird die AfD meist als radikale Mittelschichts- und Mittelstandspartei aufgefasst, deren Wählerschaft bis untere Einkommensschichten reicht. Bei Parlamentswahlen wird sie Studien zufolge zu jeweils hohen Anteilen von Männern mit geringen Bildungsabschlüssen, ArbeiterInnen und Arbeitslosen gewählt. Andere widersprechen und bezeichnen sie als Partei des gehobenen Mittelstandes. Sicher ist, dass aus diesem jedenfalls ihre wichtigsten Funktionäre kommen. Viele ehemalige Anhänger der FDP wählten die AfD. Das gleiche gilt aber auch für ehemalige Wähler der Partei DIE LINKE. Solche Angaben sind mit Vorsicht zu genießen. 60 % der AfD-Wähler gaben an, nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien die AfD gewählt zu haben. Hier ist vor allem zu berücksichtigen, dass auch DIE LINKE aus der Sicht vieler WählerInnen als Protestpartei (nicht unbedingt Ausdruck weltanschaulicher Positionierung) und in diesem Rahmen als austauschbar gilt. Mit

Grundzüge des AfD-Programms

Zum Programm der AfD wäre viel zu sagen, doch reicht hier der Platz dafür nicht aus. Im Endeffekt kommt es darauf an, was die Partei in der Richtung, die sie verfolgt, durchsetzen kann – auf die beschriebene indirekte Weise, indem parlamentarische Parteien ihre Forderungen aufgreifen, oder irgendwann durch eigene Regierungsbeteiligung. So oder so muss sich unser Widerstand dagegen richten.

Die Grundzüge des Programms sind nationalistisch, völkisch, neoliberal, antiemanzipatorisch. Es ist gegen die Rechte und soziale Absicherung der Lohnabhängigen, gegen die Rechte der Frauen und der ethnisch definierten Minderheiten gerichtet und leugnet menschengemachte Ursachen des Klimawandels. Im einzelnen:

- In der Steuer- und Finanzpolitik sollen Kapitalsteuern reduziert (Gewerbsteuer) oder abgeschafft (Erbsteuer), im Grundgesetz analog zur „Schuldenbremse“ eine „Steuerbremse“ eingeführt werden; Stärkung der mittelständischen Wirtschaft; auf europäischer

Ebene Wettbewerb um die niedrigsten Steuern.

- Sozialversicherungen sollen zerschlagen werden („nicht mehr zeitgemäß“); „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ soll abgewehrt werden; Abschaffung des gesetzlichen Rentenalters; Abschaffung der Arbeitsagenturen, Jobvermittlung nur noch durch kommunale Jobcenter.
- Nach internen Auseinandersetzungen entschied sich die AfD, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten, denn angeblich erlaube der Mindestlohn (derzeit 8,84 €) „eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung“, wovon natürlich keine Rede sein kann.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz soll abgeschafft, die Förderung erneuerbarer Energien eingestellt werden;
- In der Geschlechterpolitik fordert die AfD eine „aktivierende Familienpolitik“, also: Sanktionierung von Alleinerziehenden und von Menschen, die keinen Nachwuchs zeugen und gebären, über die Steu-

er-, Sozial- und Rentenpolitik, im übrigen mit dem Ziel, Akademikerkinder statt Arbeiterkinder zu fördern; Fortsetzung und Verschärfung der Verfolgungsbetreuung bei Hartz IV.

- Verschärfungen in der Straf- und Sicherheitspolitik: Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre senken; „kriminelle Migranten“ ausweisen.
- Grundrecht auf Asyl an „Nützlichkeit“ anpassen, Familiennachzug unterbinden; Integration als „Bringschuld“ des Migranten; Verbot der Schächtung von Tieren (Motto: „Islam gehört nicht zu Deutschland“).
- Erhalt des gegliederten Schulsystems; Verbot von Islamunterricht an Schulen.
- Alkohol- und Drogenabhängige sowie psychisch Kranke in „Sicherungsverwahrung“ (d. h. Lager) unterbringen.
- Nationalstaat stärken, ggf. aus Euro und EU austreten.
- Wehrpflicht wiedereinführen und aufrüsten; deutsche Interessen durchsetzen.

der alten Mär von „rot = braun“, die noch nie gestimmt hat, hat eine solche Wählerwanderung nichts zu tun. Es muss natürlich zu Debatten Anlass geben darüber, wie die Inhalte der sozialen Frage in nachvollziehbarer Weise in Wahlkämpfe ein gebracht werden müssen.

Nach dem Kölner Parteitag

Die Flügelauseinandersetzungen in der AfD spiegeln Grundpositionen um den weiteren Kurs der Partei wider. Soll sie den „realpolitischen Weg einer bürgerlichen Volkspartei“ (Petry) gehen oder eine „fundamentaloppositionelle Strategie“ (Höcke) verfolgen? Auf dem Kölner Parteitag, der die Strategie für die Bundestagswahl festlegte, wurde die Petry-Variante mit Pauken und Trompeten (einschließlich der Beschädigung der Vorsitzenden) abgelehnt. So dürfte deren Weg, die AfD quasi als eine Art bundesweite CSU im parlamentarischen System zu integrieren, vorläufig unterbunden sein. Mit dem neuen Spitzenduo Gauland-Weidel sind die Karten offenbar neu gemischt und die Koordinaten noch weiter nach rechts verschoben.

Die Bundestagswahlen werden weiteren Aufschluss dazu geben. Hierzu erinnern manche Kommentare daran, dass die NPD 1969 schon einmal nahe daran war, in den Bundestag einzuziehen, das dann jedoch äußerst knapp verpasste. Ein derartiger Vergleich hinkt schon wegen des großen Zeitabstandes und der ganz anderen Verhältnisse in der Gesellschaft und in der NPD der damaligen Zeit. Die AfD bietet heute einen sehr viel gefestigteren Eindruck aufgrund der Brückenfunktion zwischen dem national- und wertkonservativen Lager und den rechtsextremen Kräften sowie der taktischen Verarbeitung früherer Erfahrungen, mittels derer die AfD ihre aktuelle Strategie formuliert.

Kampf gegen rechts

Gewerkschaften wenden sich in Stellungnahmen scharf gegen die AfD. Sie bieten auf ihren Internetseiten Argumentationshilfen an (z. B. „21 Gründe, warum Gewerkschaften

Rechtspopulisten wie AfD, Pegida und Co. ablehnen“, DGB Nordrhein-Westfalen). Sie haben verstanden, dass die Programmatik der AfD sich gegen Rechte von Lohnabhängigen und Erwerbslosen richtet, weil sie a) die Spaltung der Arbeiterklasse in In- und Ausländer betreibt, b) Sozialleistungen verringern, Sozialversicherungen teilweise privatisieren will, c) gegen Betriebsräte vorgeht, die sich im Betrieb konfliktbereit zeigen, und d) auch Gewerkschaften selbst in diesem Sinne angreift (vgl. Kasten). In diesen Stellungnahmen äußert sich aber vor allem ein staatstragendes sozialdemokratisches Bewusstsein, das das traditionelle sozialstaatliche Kapitalismusmodell gegen neoliberale Angriffe schützen will. Da sich die AfD mit den nationalistischen, völkischen, rassistischen Teilen ihrer Programmatik aus dem geltenden bundesdeutschen Parteienkonsens heraushebt, sind die gewerkschaftlichen Abgrenzungen nach außen und

innerorganisatorisch sehr deutlich, führen aber nicht zu weitergehenden Einsichten über die derzeitigen Realitäten im Kapitalismus und die Rolle der AfD in der bürgerlichen Politik. Deshalb stört das nicht die Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern, im Gegenteil, es gibt auch gemeinsame Erklärungen mit diesen im Interesse der „Wirtschaft“, des Standorts, der EU, des Euro usw. Gewerkschaftliche Aufrufe warnen vor der Stimmabgabe für „rechtsextreme und rechtspopulistische“ Parteien wie die AfD.

In der Praxis ergibt sich ein anderes Bild. Es gibt auch regionale Gliederungen des DGB und der Einzelgewerkschaften, die Diskussionsveranstaltungen zur AfD organisieren, zum Widerstand gegen PEGIDA aufrufen etc., aber selbstverständlich ist das nicht. Mittlerweile ist die Furcht vor Auseinandersetzungen z. B. in Belegschaften von Betrieben verbreitet, wenn etwa aktive und kritische KollegInnen sich plötzlich als AfD-Sym-

„Arbeitnehmerorganisationen“ in der AfD

In der AfD gibt es zwei sogenannte Arbeitnehmerorganisationen: AVA (Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e. V.) und AidA (Arbeitnehmer in der AfD). Das erinnert an ähnliche Organisationsversuche faschistischer Parteien (NSBO = Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), deren Funktion nicht daran besteht, „Arbeitnehmerinteressen“ gegenüber dem Kapital und dem bürgerlich-demokratischen Staat zu vertreten. Erst recht sollen sie keine Eigenständigkeit in der faschistischen Partei und gegenüber dem faschistischen Staat besitzen. Ihre Funktion besteht darin, die Arbeiter und Angestellten von der gewerkschaftlichen Organisation und sozialistischen/kommunistischen Parteien abzubringen, um sie wehrlos zu machen und in die Anhängerschaft der faschistischen Partei einzureihen, um für deren Ziele einzutreten. Analog ist das bei den beiden AfD-Vereinigungen zu sehen.

Die AfD-„Arbeitnehmerorganisationen“ sind erst frisch gegründet und daher noch ohne Profil. Das Wenige, das über sie bekannt ist, scheint typisch für die derzeitigen

Zeitemstände zu sein. Im Führungskader finden sich ehemalige SPDler und Gewerkschaftsfunktionäre der mittleren und unteren Ebene. Sie gehörten dort den rechten, standort-treuen, wirtschaftsfriedlichen und managementtreuen Zusammenhängen an. Sie spiegeln Abstiegsängste wider, fürchten sich – dies natürlich zu Recht – vor der Stigmatisierung durch Hartz IV, wenden sich damit aber nicht gegen Staat und Unternehmer, sondern gegen vermeintliche „Sozialschmarotzer“, Flüchtlinge und angeblich „Arbeitsscheue“. Sie fordern gewisse Verbesserungen im Sozialsystem, bspw. Verlängerung der Bezugsdauer von Alg I (AidA) oder Hartz IV als gestaffelte Geldleistung für langjährig Beschäftigte, von der „in die Sozialsysteme „Zugewanderte““ auszuschließen seien (AVA). Sie bekämpfen Betriebsräte, wenn die allzu selbstbewusst und konfliktbereit gegen Unternehmensleitungen auftreten. Sie hoffen, durch Betonung persönlicher Rechtschaffenheit und Orientierung auf Sozial- und Volksgemeinschaft das erhalten zu können, was das Kapital ihnen rein ökonomisch nicht mehr zu gewähren bereit ist.

pathisanten oder -Mitglieder/-Funktionäre outen. Es ist nicht auszuschließen, dass rechtsorientierte Kräfte sich engagieren, wo es um berechnete soziale Interessen geht, und damit Zustimmung und Anhang auch für ihre Ideologie gewinnen. Schon in der Weimarer Republik haben Teile der völkischen Parteien und der NSDAP bewusst an der Vertretung von Arbeiterinteressen angeknüpft, um die KollegInnen den Sozialdemokraten und Kommunisten zu entziehen. Damals war die Arbeiterbewegung gespalten, aber potenziell stark. Unter den heutigen Verhältnissen hat sie ein sehr viel schwächeres Bewusstsein. Dies lässt sich auch in Parlamentswahlen ablesen, in denen die AfD auch unter Gewerkschaftsmitgliedern einen ähnlich hohen Anteil hat wie in der Gesamtgesellschaft.

Dagegen müssen klassenkämpferische gewerkschaftliche Tarifpolitik und antikapitalistische Sozialpolitik gesetzt werden. Unter beiden ist zu verstehen eine Orientierung und eine Konfliktbereitschaft, die keine Rücksicht nehmen auf die Profitinteressen des Kapitals oder die Lage der öffentlichen Haushalte, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Lohnabhängigen und Erwerbslosen in den Mittelpunkt stellen. Dies schließt nicht aus, dass am Ende aus Rücksicht auf reale Kräfteverhältnisse Kompromisse zu schließen sind. Doch es macht einen entscheidenden Unterschied in der Motivierung und Positionierung in den Auseinandersetzungen, welche Ziele zu Beginn gesetzt werden und ob ein Durchsetzungswille dahinter steht. Viele Menschen haben nach Jahrzehnten des Lohn- und Sozialabbaus und der system- und staatstragenden Begründungen ein Gefühl der Ausweglosigkeit. Es fehlt eine glaubwürdige und eindeutige Orientierung, und dieses Bedürfnis kann von der falschen Seite genutzt werden.

Ein Beispiel für die Widersprüchlichkeit und Halbherzigkeit, mit der Gewerkschaftsvorstände mit der Lage umgehen, ist die Rentenpolitik², die immer mehr in den Mittelpunkt

von Auseinandersetzungen rückt. Die Gewerkschaften haben sich auf eine Vorlage der IG Metall für eine Kampagne geeinigt. Auffällig ist nun zweierlei: Sie hat kaum praktische Bedeutung, weil so gut wie keine Aktionen und Mobilisierungen organisiert werden, von dem bundesweiten Aktionstag am 31. Mai einmal abgesehen. Der zweite Punkt ist die Begrenzung in der wirksamen Reichweite der Forderungen: Die Gewerkschaften wollen das Rentenniveau (Verhältnis der sogenannten Standardrente zum Bruttodurchschnittsverdienst nach Abzug der Sozialversicherungsbei-



träge, aber vor Steuern) von derzeit ca. 48 % „stabilisieren“, in einem weiteren Schritt auf 50 % anheben. Sie haben dazu ein Bündnis „Netzwerk für eine gerechte Rente“, z. B. mit Wohlfahrtsverbänden, gegründet. Abgesehen davon, dass „Gerechtigkeit“ im Kapitalismus eine Chimäre ist, handelt es sich hier für immer mehr Menschen um Armutsrenten (aktueller Durchschnittswert: 823 Euro). Die Linkspartei hat 53 % in ihrem Wahlprogramm. Aktivisten des Bündnisses „Rente zum Leben“ fordern die Rückkehr zu den Grundsätzen der Rentenreform von 1957, als das erklärte, zeitweise auch erreichte Ziel darin bestand, die Durchschnittsrente auf 70 % des Nettolohns zu bringen (nach heutiger Rechnung wären das 59 % vom Bruttolohn).

Mit solchen Beispielen wäre fortzufahren in allen Bereichen der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Wohnungspolitik. Für die naheliegende Frage der Finanzierung ist auf die Besteuerung von Profiten, hohen Einkommen und großen Vermögen zu verweisen. Die Solidarität mit Migranten und Flüchtlingen wäre einzubeziehen. Dazu gehört auch, dass die Linke die Ursachen von Krieg und Flucht klar benennt, dass es eben nicht „der Islam“ ist, der uns bedroht, sondern die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der USA, der EU und der NATO. Wir werden

nicht durch Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, um unsere Arbeits- und Lebensbedingungen gebracht, sondern durch das Kapital, das dafür sorgt, dass in einer instabilen Arbeitswelt immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse gedrückt werden, ohne die Chance, jemals wieder aus diesen herauszukommen. Bedroht werden wir von ökologischen Katastrophen wie dem Klimawandel, dem die herrschenden Klassen nichts als hohles Geschwätz entgegensetzen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem bietet der Menschheit keine Zukunft mehr. Das wird immer deutlicher. Die AfD ist eine reaktionäre Antwort darauf, die mit Scheinversprechen an Mittelschichten und Lohnabhängige heranzukommen versucht.

14.6.2017 n

Aus Arbeiterpolitik 3+3/2017
Kontakt: GFSA e.V.,
Postfach 106426,
D-20043 Hamburg
arpo.berlin@gmx.de
www.arbeiterpolitik.de



² vgl. Arbeiterpolitik 3/2016, Das programmierte Rentendesaster, S. 26 ff.

Die willkommene „Hölle“ von Hamburg.

Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel im Schatten einer Straßenschlacht mit der Polizei.



Welcome to hell,,, so lautete das kaum einladend gemeinte Motto militanter Kräfte, die am späten Donnerstagnachmittag (6.7.) beim G20-Gipfel in Hamburg (7. und 8. Juli) ihre zentrale Auftakt-Demonstration angekündigt hatten. Sie folgte der am Mittwoch vorausgehenden unter der durchaus ironischen Parole „Lieber tanz ich, als G20“, die mit Musik, Tanz, bunten Transparenten und sogar einer Reihe von Motivwagen wie ein Umzug aufwartete, um die eigene Sichtweise und Kritik am Spektakel der Mächtigen der Welt zum Ausdruck zu bringen. Beiden gemeinsam war die konsequente Ablehnung dieses Weltauftriebs in einer weltbekannten Millionenstadt der BRD, die diesmal mit Merkel zusammen die Gastgeberschaft innehatte und das Protokoll vorgab. Gegen Kosten von ungefähr 130 Millionen

Euro. Im Vorfeld des Ereignisses war schon viel über eine mögliche Gewaltkonfrontation zwischen Polizei und extremen Demonstrierenden berichtet und gesprochen worden, die man ja schon kennt und erwarten musste. Die Polizei hatte in den Tagen davor in einschlägigen Stadtteilen und Wohnvierteln immer wieder Razzien veranstaltet und dabei nach eigenem Bekunden jede Menge „Waffen“ gefunden und sichergestellt, d. h. Gegenstände dingfest gemacht, die man zu Waffen machen könnte wie einen Stuhl, eine Latte, Besenstiel oder ein großes Küchenmesser im Besteck einer WG. Während die Polizei ihre scharfen Waffen, darunter die gefährlichen Tonfas und Panzerung ungeniert zur Schau stellte und ihrerseits Gewaltbereitschaft und Vermummung demonstrierte, zur Abschreckung und zum Schutz der Identität natürlich. Es ist nur eine Fra-

ge des Blickwinkels und Standpunktes. Die einen dürfen, die anderen nicht, wegen des Gewaltmonopols des Staates.

Es ist wohl dieses „Gewaltmonopol“, über das die Staaten verfügen, das dazu beiträgt, dass die Welt so eingerichtet ist wie sie es derzeit ist. Ungerecht, mit Kriegen und Konflikten, ausbeuterischem Freihandel, militärischer Hochrüstung, hausgemachtem Klimakollaps, Hungerkatastrophen, Flüchtlingsabwehr, Terrorismuskonfrontation usw. Es gibt Menschen, die das nicht länger hinnehmen und dulden wollen, die sich bei solchen Gipfeln, heißen sie nun G7 oder G20, vermehrt vernehmlich zu Wort melden, doch wie es scheint weitgehend vergeblich. Schon im Voraus wollten die Herrschenden die Protestreihen spalten. Man ließe sich von einem friedfertigen Protest durchaus beeindrucken und fühle

sich davon bestärkt, so appellierte Merkel in einer frühen, ans Zynische grenzenden Stellungnahme. Am Procedure ändert sich deshalb freilich nichts. Der letzte kleinere G7-Gipfel fand vor zwei Jahren in Schloss Ellmau in den bayerischen Alpen statt. Die erwartete Schlacht blieb damals auch wegen des Einschreitens höherer Naturgewalten wie Gewittersturm und Starkregen überwiegend aus. Die Campierenden ersoffen fast in den Wassermassen auf den Wiesen. Die Hauptprotestkundgebung fand weitab vom Almauftrieb in München mit über 30000 Demonstrierenden statt. In Garmisch-Partenkirchen fanden sich dann immer noch etwa zehntausend Protestierende ein, die von einer doppelten Anzahl an Po-

Inhalte des Protests sprach, kam dabei dem offiziellen Geschehen zugute. Bis etwa Donnerstagabend waren die Medien und Presse noch „protestfreundlich“, wurde in Tageszeitungen z. T. in täglichen Dossiers vor dem Gipfel fortlaufend über Hintergründe und Zusammenhänge berichtet und kritisch informiert. Dann kam die Höllendemo und das Desaster nahm seinen unvermeidlichen Verlauf. Das öffentliche mediale Interesse schlug bald um in die bekannte pauschale Verurteilung und Dramatisierung der sich dann fast stündlich bis weit in die Nacht und den folgenden Freitagmorgen hinein überschlagenden Ereignisse auf Straßen und Plätzen. Politik und Polizei hatten mit ungefähr 8 bis 10 000 sog.

ke Propagandahöhle“) befindet, liegt unmittelbar neben dem feineren Karolinentviertel mit den Messehallen, wo sich diesmal die „Weltauswahl“ der Mächtigen und ihrer schwellenländischen Epigonen im innerstädtischen Hochsicherheitstrakt trafen. Schon das hätte die Gipfelorganisatoren samt Polizeiverantwortlichen höchst bedenklich stimmen müssen, dass daraus früher oder später unausweichlich eine Konfrontation werden würde. Weshalb sonst solch ein Zehntausender Polizeiaufgebot? Die Schanze „gehört“ nun mal gefühlt den Leuten und dem Volk. Dort in der Nähe befindet sich zum Hafen hin das Vergnügungsviertel Reeperbahn und ist am Millerntor auch der Fußballverein St. Pauli beheimatet, dessen Verantwortliche und Teile der Fans aus ihrer kritischen linken Einstellung keinen Hehl machen.

Die sich bedrohlich steigenden gewaltsamen Ausschreitungen ab Donnerstagabend nahmen ihren Ausgang nach dem unverhältnismäßig harschen und plötzlichen Eingreifen von Polizeihundertschaften bei der Demonstration mit etwa 12000 Beteiligten, wo die Ordnungskräfte am Kopf und Ende des Zugs 1 bis 2000 sich Vermummende ausmachten, die sich angeblich zum Krawall rüsteten. Sie wurden aufgefordert, ihre „Vermummung“ (oft nur über den Kopf gezogene Jackenkapuzen zum Schutz gegen Wasserwerfer und Spraygas) aufzugeben, was viele zuerst taten. Man wollte dennoch diese Gruppen von den übrigen „friedlich“ Demonstrierenden trennen und offenbar einkesseln, was gründlich misslang. Sogar die Friedlichen machten bald Front gegen drastisch vorrückende Polizei. Schließlich hören auch Militante den Polizeifunk ab und lenken ihre Bewegungen per Handykommunikation. Einzelne Stimmen meinen sogar, „die Bevölkerung“ hätte sich am Donnerstagabend und in der Nacht gegen „brutale Riots“ der Polizei die „Straße zurückerobert“. Während dann die Geschehnisse am Freitag noch ein anderes Thema wären (siehe auch: „Der Gewalt widerstehen – ein Einspruch aus der Gruppe ChristInnen gegen G20“, 11.7.2017). Es kam dann sich aufschaukelnd zum ganzen bekannten Besteck und Repertoire an



lizistInnen in Schach und vom Versammlungsort weiträumig ferngehalten wurden. Kanzlerin Merkel veranstaltete mit Präsident Obama zusammen demonstrativ im Freien ein folkloristisches Weißwurstfrühstück zur besten Weizenbierschoppenzeit am hellen Sonntagmorgen in einem nahegelegenen kleinen Ort. Massiv von Polizei zu Land und in der Luft begleitet und geschützt, die in den Medien dezent in den Hintergrund traten. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer jubelte und verkündete stolz, wir können Gipfel! Das konnte der Hamburger Bürgermeister Scholz diesmal nicht. Das G20-Spektakel geriet unter massivem Polizeieingreifen gegen Gewaltexzesse ausufernd zum Debakel für die Herrschenden.

Dass man mehr über die verübte Sach-Gewalt Demonstrierender und offensichtlich auch mutwilliger Hooligans als über die Gründe und

Gewaltbereiten bei insgesamt erwarteten 100 000 Demonstrierenden vorab schon gerechnet. Bis zu 21 000 PolizistInnen wurden dagegen von überall her zusammengezogen und zur allgemeinen Sicherung der Abläufe aufgeboten. Einer der bisher größten Polizeieinsätze bei Demos in der BRD. Schon das ist mit allem Drum und Dran von drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch Absperrungen und Sicherheitszonen eine Art von Provokation, die an Polizeistaat und Bürger-kriegsübung erinnerte. Man befürchtete in der Bevölkerung z. T. Schlimmstes, was man von Hamburg in den einschlägigen Vierteln ja kennt, wo das Gewaltpotenzial auch der Polizei traditionell als hoch einzuschätzen ist. Denn das sog. Schanzenviertel in St. Pauli/Altona, wo sich auch das symbolträchtige Autonomenzentrum Rote Flora (CSU-Politiker Dobrindt: „lin-



Gewalt auf beiden Seiten: draufprügelnde Polizisten, Wasserwerfereinsätze, Reizgasspray, Tränengasbomben, Mehrzweck-Schlagstock - Steine- und Flaschenwürfe auf Seiten Demonstrierender, Brandsätze gegen Polizeiwagen und Autos und auch gegen Polizisten, Stahlkugelgeschosse, zertrümmerte Betonteile, die von Dächern in die Straßen geschleudert wurden. Große Müllcontainer und über 30 Autos, darunter ein Carport mit teuren Porsches, wurden in Brand gesetzt, marodierende und randalierende Gruppen zogen durch die engen Straßen, warfen Scheiben ein, plünderten Geschäfte, darunter einen Rewe City-Markt und Drogeriemarkt, errichteten Barrikaden und zündeten sie an, aus denen meterhohe Flammen schlugen und Bäume und Äste versengten. Große Feuer, die auf die Häuser überzugreifen drohten, ätzende Schwaden von giftigem brennendem Plastik usw. Die Feuerwehr war ständig im Einsatz und man muss sagen unter Lebensgefahr in einer solchen Lage. An den Straßen bildeten an markanten Stellen viele unbeteiligte Schaulustige hinter Absperrungen zahlreiche Spalier und verfolgten neugierig das Geschehen, knipsten sich dabei selbst vor brennenden Barrikaden und bei Plünderungen von Läden. Es gab bis zum Freitagmittag etwa 200 verletzte Polizisten, an die 80 Festgenommene,

die in ein gesondertes Sammelager weitab im südlichen Stadtteil Harburg verbracht wurden. Eine zudem unbekannte Anzahl verletzter DemonstrantInnen, die oft eigene Sanitätskräfte hatten. Eine Gruppe von elf Demonstrierenden verletzte sich schwer auf der Flucht vor Polizisten über eine vier Meter hohe Mauer mit Gitterzaun, als das instabile Gemäuer unter der Last zusammenbrach. Das geschah im westlichen Stadtteil Bahrenfeld, der von den Messehallen viele km entfernt liegt. Das westliche Zentrum Hamburgs war faktisch im Ausnahmezustand.

Um es hier klar zu sagen: die Gewalt aller daran Beteiligten ist nicht hinzunehmen und mit nichts zu rechtfertigen oder zu decken, schon gar nicht politisch. Sie nimmt auf beiden Seiten mindestens Schwerverletzte in Kauf. Sie verrät und diskreditiert die Absichten und Ziele derer, die friedlich, aber durchaus auch gewaltfrei mit zivilem Ungehorsam protestieren wollten. Z. B. mit Straßen- und Wegeblokkaden oder der Besetzung von Plätzen, wie es auf Protokollstrecken der Delegationen von den Hotels zur Messe auch geschah. Diese waren unter Demonstrationsverbot gestellt worden. Folgender Vorfall eines rigorosen Polizeigewalteinsatzes an einer Straße entlang der Alster ist verbürgt: Eine Gruppe von 20 bis 30 GipfelgegnerInnen war, wie Tausen-

de andere anderswo auch, dort am Freitagmorgen zu Fuß unterwegs zu einem Blockadepunkt, als mehrere Polizeifahrzeuge heranfuhrten und anhielten, aus denen verummte und behelmte Polizisten sprangen und mit Tonfas (asiat. Schlag- und Hebelwaffe) und Reizgaskartusche auf die Gruppe zusteuerten, die, statt nach der Regel jetzt stehen zu bleiben, zu flüchten begann und von der Polizei verfolgt wurde. Einem, der weglief, wurde auf einem Schotterweg von einem Polizisten von hinten in die Beine getreten, so dass er aus dem Lauf heftig zu Fall kam und sich an Ellenbogen, Hüfte und am Knie blutend verletzte, seine Hose zerrissen wurde. Zwei andere Beamte rissen den Verletzten am Rucksack hoch und drängten ihn auf die Straße. Anderen, die ergriffen wurden, wurden Androhungen gemacht der Art „Wenn ich dich richtig schubse, machst du gar nichts mehr“ und man überschüttete sie mit Beschimpfungen wie „Verpissst euch aus der Stadt, ihr Scheiß-Zecken,“. Schließlich riefen ihnen Beamte hinterher „Und tut nicht so friedlich. Ihr tut immer so friedlich, aber ihr seid alle scheiße“. Während der geschilderte Angriff als nur einer von vielen zeigt, welcher „demokratische“ Ordnungsgeist und Feindbildjargon offenbar unter der Polizei herrscht und waltet, versicherte Bürgermeister Scholz im NDR



in offensichtlicher Unkenntnis der Lage: "Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise" (siehe: „Gipfel der Gewalt? Protest und Polizei beim G20 in Hamburg“. *express*, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7/2017, 55. Jg., S. 8).

Die Polizei bekommt mit ihrem eigenen scharfen Vorgehen und wenig zimperlichen Zugriff uneingeschränkt Recht und politische Rückendeckung, während die Motive und Anliegen der politischen Gegner völlig aus dem Blick geraten, die pauschal alle zu gefährlichen Randalierern, Landstreichern und Dieben erklärt werden. Es war ein legitimes Ziel des Protests, den reibungslosen Ablauf dieses Gipfels zu stören und behindern. Man wird sehr genau zu prüfen haben und untersuchen müssen, von welcher Seite wann weshalb welche Gewalt ausging, wer die verantwortungslos Randalisierenden und Brandschatzenden waren und woher sie kamen. In über 30 Fällen wurden auch gegen PolizistInnen Ermittlungen eingeleitet. Der rot-grüne Senat begegnete den Oppositionsrufen u. a. der Linken nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorsorglich schon mal mit der Einrichtung eines eigenen Sonderausschusses, was der Parteilichkeit wegen nicht ausreichen

dürfte. Auch von einer innerhalb der Polizei Rechtsverstöße von Beamten ermittelnden Soko dürfte wenig zu erwarten sein. Man übt politische Schadensbegrenzung und den internen Schulterschluss, aber der Posten des SPD-Innensenators Andy Grote könnte am Ende womöglich wackeln, der nach Meinung von Kritikern im Vorfeld unnötig die Lage eskalierte, z. B. durch die sture Blockade bei der Unterkunftsfrage in Zeltcamps und Verhängen zeitweiliger weiträumiger Demonstrationsverbote.

Der Hamburger Polizeipräsident Meyer, Bundesjustizminister Maas und der Sprecher der Polizeigewerkschaft stellten sich am Freitag einmütig voll hinter die teils martialisch auftretenden und einschreitenden Ordnungskräfte, die ihrer Ansicht nach richtig gehandelt hätten. Auch Trump lobte auf seinem Rückflug das Auftreten von deutscher Polizei und wie er annahm auch Militär. Am Freitag war noch Verstärkung durch schwer bewaffnete Sondereinsatz-Kommandos (SEK) hinzugezogen worden, die in der Nacht mit Sturmgewehren im Anschlag dann das Schanzenviertel räumten und zahlreiche Festnahmen vornahmen. Auch die zermürbende verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzung um genügend Platz für Zeltcamps (Yes, wie camp!, war eine gegen das Zeltverbot gerichtete Parole) hat die Situation unnötig

verschärft und angeheizt. Erst am Mittwoch hatte nach Einsprüchen das Oberverwaltungsgericht dann an zwei „zentralen“ Orten Camps (Altonaer Volkspark in Lurup und Elbpark Entenwerder im Osten), beide ablegen und von Polizei belagert und kontrolliert, mit je 300 Zelten a drei Personen genehmigt. Das Angebot wurde nur wenig angenommen, zum Schlafen kam man wegen ständig tief fliegender Hubschrauber sowieso kaum. Viele wählten einstweilen jedoch spontan wilde, nicht genehmigte Orte, um Zelte zu errichten, die immer wieder von patrouillierenden Polizeieinheiten abgeräumt wurden. Der Fußballverein St. Pauli und einige Kirchengemeinden hatten das Stadion und Kirchengärten zum Ausruhen und Übernachten in Zelten geöffnet. Wenn sich dann abends in der mondänen neuen Elbphilharmonie in der anderen Sicherheitszone im Hafen die Mächtigen zum feierlichen musikalischen Bankett einfanden zu den Klängen von Beethovens 9. Sinfonie (Freude schöner Götterfunken!), während in den Straßen die Schlacht tobte, weckte das zusätzlich den Unmut und Zorn der Menschen.

Vom alternativen „Gipfel“ zum offiziellen zwei Tage vor Beginn in der Altonaer Kulturfabrik Kampnagel war in den bürgerlichen Medien kaum die Rede. Dort wurden auf Foren und in Arbeitsgruppen ganz

ähnliche Themen behandelt und diskutiert wie auf dem regulären. Nur war die Perspektive auf die Fragen und Probleme der Welt eine ganz andere, aus der Sicht der Solidarität mit den Benachteiligten und Ausgeschlossenen, die nach Hamburg gekommen waren. Daran schlossen sich am Samstag mehrere Demonstrationen an, die größte gegen Armut und Krieg war vom Vertreter der Linkspartei van Arken angemeldet worden, der auch den SPD-Innenminister scharf kritisierte, er habe auf der ganzen Linie versagt. An ihr nahmen mehrere Zehntausend Menschen teil, die überwiegend friedlich auftraten. Aber auch die Krawalle zwischen Polizei und GewaltdemonstrantInnen setzten sich an vielen anderen Stellen fort, sowohl am Samstag als auch noch am Sonntag, als der Gipfel bereits vorüber war, die Delegationen sich auf dem Heimweg befanden. Insgesamt wurden nach Polizeiangaben ca. 500 Beamte verletzt und 144 DemonstrantInnen vorübergehend festgenommen, etwa eine gleiche Anzahl in Gewahrsam genommen. Gegen 37 wurden, wie es in den Nachrichten hieß, zudem Strafverfahren eingeleitet. Die Verletztenzahl bei den Demonstrierenden blieb unbekannt, sie dürfte ähnlich hoch oder sogar höher sein. Die Zahl bei der Polizei wurde dann nach unten korrigiert auf etwa nur die Hälfte, man hatte jede/n noch lange vor den Demos „verletzte/n“ Polizistin/Polizisten oder solche mit Schwächeanfällen mitgezählt. Die bürgerlichen PolitikerInnen, allen voran Merkel, Bürgermeister Scholz, Gabriel, Steinmeier, Altmaier, de Maizière bis hin zum Katholischen Erzbischof von Hamburg, zeigten sich höchst entsetzt von Qualität und Ausmaß der Gewaltausschreitungen, die sie natürlich nur einseitig von den militanten Demonstrierenden ausgehen sahen. Die Polizei verfolgte und hielt kein erkennbares Konzept zur Zurückhaltung oder Deeskalation durch, sie schritt ab Donnerstagabend stets mit allen ihren Mitteln, darunter Pferde- und Hundestaffeln und gepanzerte Fahrzeuge, früh ein und haute in den Straßen rücksichtslos drauf, was ging. Das traf auch viele Unbeteiligte. Es werden jetzt Forderungen laut nach Einrichtung einer europaweiten Linksextremistendatei (eine nationale existiert bereits) und

weitere Vorschläge nach verschärften Sicherheitsmaßnahmen wie Grenzkontrollen usw. geäußert. PolitikerInnen fordern die Schließung der Roten Flora. Die Blöd(Bild)Zeitung schürte danach prangerartig die aufgebrachte Stimmung noch und veröffentlichte in ihrer Hamburger Sonntagsausgabe als Titel ein großes Foto schwarz vermummter Demonstrierender, einer von ihnen hält eine lange Stange, darunter das Wort „Verbrecher“. Skandal-Verkehrsminister Dobrindt, einst CSU-Generalsekretär, wetterte pauschal gegen „durch Hamburg wütende linke Sauhunde“.

Mit letzten Endes nutzlosen, kopflosen Gewaltakten und blindwütigen Ausschreitungen gegen wie Festungen geschützte Veranstaltungen wie die G-Gipfel wird man sie weder verhindern noch nennenswert behindern. Allenfalls ihren Preis so in die Höhe treiben, dass sie sich nicht mehr „rechnen“. Der bisher festgestellte, gemeldete Versicherungsschaden an Gebäuden, Geschäften und Autos soll sich auf 12 Mio. Euro belaufen. Überholt haben sie sich ohnehin. Sie sind kein adäquater Ersatz für die Beratungen und Beschlüsse der UNO, zu deren teilweisen Umgehung sie auch einmal gebildet wurden. Um quasi im rechtsfreien Raum Absprachen und Vereinbarungen unter den Großen unkomplizierter zu treffen. Um den Welthandel reibungslos als Freihandel zu organisieren. Nur in der UNO sitzen alle gleichberechtigt mit Stimme am gemeinsamen Tisch und werden nicht selektiv ausgeschlossen. Existiert trotz Mängeln und Schwächen und einer längst fälligen Reform ein rechtliches Rahmen- und Regelwerk, das verbindlich für alle gilt. Denn die Ärmsten und Bedürftigsten haben in Hamburg gefehlt, auch wenn man sich mit der Einladung von Delegationen aus Afrika das Mäntelchen der Offenheit und Wohltätigkeit überstreifte und am Samstag als Alibi extra einen Afrikatag angesetzt hatte, der aber gar nicht stattfand, da man im Verzug noch mit anderen Themen befasst war. Man brauchte unbedingt ein irgendwie vorzeigbares Ergebnis, was den gewaltigen Aufwand rechtfertigen sollte.

Sogar der CSU-Entwicklungsminister Müller spricht davon, dass die reichen Industrienationen Afri-

ka arm gemacht hätten und fordert schon lange einen europäischen Marshallplan für die Unterentwickelten. Nur Herren wie Trump und Putin demonstrierten durch ihr Verhalten, sich eigenmächtig zu absentieren, während die anderen am Freitag über Welthandel und Klimaschutz berieten, dass sie weiterhin gewillt sind zu tun, was sie wollen. Und Herr Erdogan will es ihnen gleich tun, der jetzt wie Trump die gemeinsame Klimaerklärung von Paris, ohnehin nur unzureichendes Stückwerk, in Frage stellt. Da sind auch der zwischen Putin und Trump doch noch kurzfristig vereinbarte Waffenstillstand für den Südwesten von Syrien und die Rückeroberung Mossuls durch irakisch-alliierte Truppen nicht mehr als ein vages Signal. Die schließlich verabschiedeten Kommuniqués waren äußerst dünn an aussagekräftigen Inhalten. Der Journalist Hans-Ulrich Brandt vom Weser-Kurier formulierte es in seinem Leitartikel so: *„In der Klimapolitik sind die USA relativ isoliert vom Rest der Welt, zum Freihandel einigte man sich auf einen faulen Kompromiss, zu Armutsbekämpfung und Migration auf wohlfeile Erklärungen“* (WK vom 10.7.). Aufwand und Ertrag stünden in keinem Verhältnis. Er schlägt deshalb eine Verschlinkung und Effektivierung solcher Megaveranstaltungen vor. Wie wär's mit gleich abschaffen?!

© EK/HB. 11./31.7.2017

Hinweis zum Weiterlesen:

Neuerscheinung: isw-report 109: Krise des globalen Kapitalismus - und jetzt wohin? Versch. AutorInnen. 76 S., 6.-€

Bezug: isw_muenchen@t-online.de .

Das Kreuz mit der Tarifeinheit

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts



Wir erinnern uns: Als die Verfassungsbeschwerden gegen das sog. Tarifeinheitsgesetz eingereicht wurden, waren die Antragsteller ziemlich optimistisch. Sprach doch Vieles für Verfassungswidrigkeit des Gesetzes: Sein Anlaß, die Stoßrichtung und die mutmaßlichen Auswirkungen. Anlaß waren die Tarifauseinandersetzungen bei der Deutschen Bahn und bei der Deutschen Lufthansa und die mediale Begleitmusik dazu, welche in dem absurden Vorwurf der „Geiselnahme“ von Passagieren und Reisenden durch die angeblich kleinen (und „privilegierten“) Berufsgruppen der Lokführer und Piloten gipfelte. Zutreffend war an diesem Bild lediglich, daß zwei außerhalb des DGB stehende kleinere Gewerkschaften, nämlich die Vereinigung Cockpit und die GDL sich als aktiver, streikbereiter und auch erfolgreicher erwiesen als die „eigentlich“ zuständigen DGB-Gewerkschaften. Mit dem Gesetz wollte die Arbeitsministerin Nahles in den Betrieben erstmals die deutsche Gewerkschaftslandschaft in „Mehrheitsgewerkschaften“ und „Minderheitsgewerkschaften“ aufspalten. Der Tarifvertrag der Minderheit sollte durch den der Mehrheit verdrängt werden. Und Mehrheitsgewerkschaft sollte die Organisation sein, die im Betrieb über mehr Mitglieder verfügte. Betroffen waren davon von vornherein nicht etwa nur VC und GDL sondern auch die Gewerkschaft ver.di, die etwa im Gesundheitswesen gegenüber dem Marburger Bund zumeist „Minder-

heitsgewerkschaft“ gewesen wäre bzw. ist.

Da das Streikrecht nach „herrschender Meinung“ nur zur Durchsetzung von Tarifverträgen dienen darf, wären damit Streiks zur Durchsetzung von „Minderheitstarifverträgen“ rechtswidrig gewesen. Deshalb wurde das Gesetz auch als Angriff auf das Streikrecht angegriffen. Gleichzeitig sahen die Kritiker – zu Recht – in der Schaffung eines „Zwei-Klassen-Gewerkschaftssystems“ einen massiven Eingriff in die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz.

Zweieinhalb Jahre hielten die Gewerkschaften die Luft an. Man wartete ab, „was in Karlsruhe passierte“. Gewerkschaftlicher Kampf oder gar ein politischer Streik – wie noch zu Zeiten des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 – fanden nicht statt. Angesagt war eine Art „Stellvertreterkrieg“, den viele Gewerkschafter meinten, mit Hilfe ihrer Juristen gewinnen zu können. Um im Bild zu bleiben: Die Kontrahenten begaben sich aus der Arena um nach zweieinhalb Jahren „kollektiv“ am Bildschirm zu verfolgen, was und wie Vizepräsident Kirchhof in der Urteilsverkündung sagen würde.

Die Kernaussagen:

1. Das Gesetz zur Tarifeinheit ist im wesentlichen verfassungskonform.

2. Soweit der Minderheitstarifvertrag verdrängt wird ist eine Regelung verfassungskonform, wenn

sichergestellt ist, daß die Interessen der betroffenen Berufsgruppe im Mehrheitstarifvertrag „hinreichend berücksichtigt werden“.

3. Bis zu einer Neuregelung gelten die Bestimmungen fort, soweit die Mehrheitsgewerkschaft „plausibel darlegt“, daß die Interessen der verdrängten Berufsgruppe „ernsthaft und wirksam“ im Tarifvertrag berücksichtigt wurden.

4. Die Arbeitsgerichte sind gehalten, das Gesetz „mit dem Ziel der größtmöglichen Schonung der Grundrechte“ auszulegen.

6. Die Offenlegung von Mitgliederzahlen in arbeitsgerichtlichen Verfahren ist „möglichst zu vermeiden“.

Wer dieses Urteil aus gewerkschaftlicher Sicht als „Teilerfolg“ einschätzt, hat es nicht verstanden.

Es ist zuallererst eine Art „Kotau“ vor dem Gesetzgeber und ein Verzicht auf die Kontrollbefugnis des BVerfG. Zu Recht kritisieren deshalb auch die Richter Paulus und Baer in ihrem Minderheitenvotum, daß das Urteil die Überwachungsfunktion des Gerichts vermindere. Die dem Gesetzgeber zugestandenen Einschätzungsspielräume seien viel zu weit gefasst. Tatsächlich erkennt der Senat des Gerichts im Gesetz besonders schwere (!) Eingriffe in die Tarifautonomie, meint aber diese Eingriffe seien „zugunsten anderer Ziele mit Verfassungsrang“ gerechtfertigt. Dabei akzeptiert es empirische Annahmen des Gesetzgebers, die vollkommen abseits der Wirklichkeit liegen: Es ginge um die „Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie“ (S. 44 der Urteilsausfertigung), um die Verhinderung der „isolierten Ausnutzung einer Schlüsselposition“ (S. 49), um die Verhinderung des Eintritts von „Funktionsstörungen“ (S. 49), um die Verhinderung der „Ausnutzung von Blockadepositionen“ (S. 50) sowie um die Verhinderung der Geltendmachung von Forderungen durch „Beschäftigte in Schlüsselpositionen ... völlig losgelöst von den Interessen der anderen Beschäftigten“ (S. 50). Man sieht:

Auf diese Weise hat das Schlachtengemälde des SPIEGEL Einzug

gehalten in die höchstrichterliche Rechtsprechung. Statt Empirie Unterstellungen. Statt Fakten einfach nur Vermutungen. So ganz überzeugt ist das Gericht selbst nicht von dieser Argumentation. „Meint aber daß „jedenfalls ... eine völlige Fehleinschätzung seitens des Gesetzgebers (nicht) vorgelegen“ hätte. Aber eine teilweise?

Auf geradezu absurde Weise erklärt das Gericht Kernelemente des Gesetzes zwar für verfassungswidrig, spricht aber nicht deren Unwirksamkeit aus. Es versucht „aus Respekt vor dem Gesetzgeber“ (!) zu retten, was nicht zu retten ist und verweist schließlich – zu allem Überfluß – auf die Arbeitsgerichte (!), die nun in vielen Einzelfällen das Gesetz „schonend auslegen“ sollen... Anstatt die Regelungen zur Offenlegung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften konsequent für nichtig zu erklären, verlangt das Gericht die Offenlegung „möglichst zu vermeiden“. Das ist im Ergebnis eine Bankrotterklärung des BVerfG gegenüber den Fehlleistungen des Gesetzgebers, denn das Urteil selbst geht davon aus, daß die Kenntnis der Unternehmer von der Mitgliederstärke der Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften schadet.

War schon das Gesetz selbst in „handwerklicher Hinsicht“ Murks so ist das Urteil des BVerfG nicht anders zu qualifizieren. Der Minderheitentarifvertrag wird zwar „verdrängt“ aber doch nicht so ganz: Die Friedenspflicht bleibt bestehen. Er wird unwirksam, kann aber wieder „aufleben“, wenn der Mehrheitsvertrag ausläuft. Er wird zwar abgelöst durch die Regelungen des anderen Tarifvertrages aber nicht dann, wenn er „Leistungen von besonderer Qualität“ enthält. Was das dann ist: Streitfall. Und: Sofern der Tarifvertrag kraft Einzelarbeitsvertrag gilt, gibt es gar keine Tarifkollision. Hier bleibt er erst einmal dem einzelnen Beschäftigten „erhalten“. Man sieht: Für juristische Auseinandersetzungen

sind die Tore weit geöffnet. Nicht genug damit daß das Gericht die Tragweite der Koalitionsfreiheit total verkannt hat, nun trägt es auch noch nicht einmal zum sonst so viel beschworenen „Rechtsfrieden“ bei, sondern vertieft und erweitert die ohnehin schon extrem starke Ver-



rechtlichung der Arbeitsbeziehungen.

Überhaupt nicht behandelt wird ein ganz anderes „Faß“, welches das Gericht aufgemacht hat, ohne es offenbar zu ahnen: Wenn der Zugang zu „eigenen“ Tarifverträgen so erschwert wird wie das Gericht es jetzt für rechtens erklärt hat, dann stellt sich die Frage, wie lange dann noch „die Anzahl abgeschlossener Tarifverträge“ als Kriterium für die für eine Gewerkschaft erforderliche „soziale Mächtigkeit“ gelten kann. Das Paradoxon: Angebliche „Splittergewerkschaften“ erhalten durch diese Regelung möglicherweise einfacheren Zugang zum Tarifgeschehen als zuvor.

Wie eine Beschwörungsformel wirkt die Behauptung des Gerichts, das Streikrecht sei gar nicht betroffen. Die Minderheitengewerkschaft könne durchaus streiken. Nur der Tarifvertrag werde dann eben vielleicht „verdrängt“. Man fragt sich: Von was für einer Arbeitswelt geht das BVerfG eigentlich aus? Glaubt es wirklich Arbeitskonflikte und Tarifauseinandersetzungen seien eine Art Spielwiese, auf der Akteure munter an- und abtreten können?

Glaubt es wirklich, daß Beschäftigte und Gewerkschaften munter dieses Theater mitmachen werden? Einerseits läßt man sich durch die üble Polemik in manchen Medien beeindrucken und skizziert Schlachten-gemälde, um umso wirksamer das Grundrecht einschränken zu kön-

nen, andererseits verharmlost man eines der kompliziertesten sozialen Phänomene, den kollektiven Arbeitskonflikt.

So gesehen ist es andererseits richtig, wenn GDL-Chef Welsky dazu aufruft erst einmal so weiterzumachen wie bisher. Was sollen bei diesem nicht von ihnen verursachten Rechtschaos die Gewerkschaften auch sonst machen? Aber vielleicht ist dieses Urteil auch Gelegenheit, endlich einen Schlußstrich zu

ziehen unter den jahrzehntelangen Prozeß der Verrechtlichung von Arbeitsbeziehungen und der Gerichtsgläubigkeit, die den Gewerkschaften hierzulande – mehr als in jedem anderen westeuropäischen Land – eine massive faktische Einschränkung ihres Handlungsspielraums beschert hat. Es gibt aber natürlich auch die Alternative, die Handlungsoptionen **ganz** den Juristen zu übertragen. Den eigenen wie denen an den Gerichten. Die Gewerkschaften haben die Wahl.

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, erklärte, daß es mit der „Korrektur“ des Gesetzes durch den Bundestag nicht getan sei. Es müsse ein ganz neues Gesetz verabschiedet werden. Das erscheint durchaus konsequent. Doch sollte nicht vergessen werden, daß die ursprüngliche Forderung der Gegner dieses Projekts lautete: *Weg mit dem Gesetz zur Tarifeinheit!* Und gerade angesichts des Desasters das das BVerfG mit seiner Entscheidung zusätzlich angerichtet hat, bleibt diese Forderung richtig. Das Urteil kann und darf nicht der letzte Akt in dem Drama Tarifeinheit gewesen sein.

Dr. Rolf Geffken, 13.7.2017

Geist der Wehrmacht

Bundeswehr Der rechtsextreme Offizier Franco A. ist nur ein Einzelfall? Von wegen. Zwischen Offizierskorps und der Neuen Rechten gibt es eine unheilvolle Nähe



Der Skandal um Franco A. und seine mutmaßlichen Anschläge hat eine neue Debatte um das Selbstbild der Bundeswehr entfacht. So weit bisher bekannt, soll Franco A. zusammen mit zwei Helfern – einer von ihnen ebenfalls Bundeswehrsoldat – Attentate auf Politiker wie Joachim Gauck und Heiko Maas geplant haben, weil diese aus Sicht der Verschwörer mit einer zu flüchtlingsfreundlichen Politik das Land gefährdeten. Es drängt sich da die Frage auf: Was ist los mit einer Armee, in der nicht nur Franco A.s mit völkischen Gedanken gespickte Masterarbeit keine Konsequenzen hatte, sondern es offenbar auch keinen anderen Soldaten in seiner Kaserne störte, wenn der Kamerad Wehrmachtsdevotionalien im Gruppenraum aufhängte?

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen sprach davon, dass die Wehrmacht „in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr“ sein dürfe. Man kann davon ausgehen, dass in der Bevölkerung heute eine breite Mehrheit diese Forderung unterstützt, ja sie sogar als selbstverständlich ansieht. Man sollte aber nicht vergessen, dass das früher anders war.

Ziemlich in Vergessenheit geraten ist, dass es vor der Gründung der Bundeswehr im Jahre 1955 kurzzeitig die Erwägung gegeben hatte, die neue Armee wieder Wehrmacht zu nennen. Und Rückhalt in der westdeutschen Bevölkerung hätte es damals dafür gegeben: Laut einer

Umfrage des Allensbach-Institutes stimmten seinerzeit lediglich 25 Prozent für die Bezeichnung Bundeswehr. 35 Prozent der Befragten wollten „ihre“ Wehrmacht zurück.

Aus Rücksicht auf die Westbindung aber wagte Bonn es nicht, die Wehrmacht wiederaufleben zu lassen. Dabei wäre das angesichts des Personalbestands ehrlicher gewesen: 31 der 38 Generäle, die die Bundeswehr bei ihrer Gründung 1955 besaß, hatten schon unter Hitler dem Generalstab der Wehrmacht angehört. Auch die bis 1957 ernannten 44 Generäle stammten überwiegend aus dem Generalstab des Heeres. Noch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bestanden die Generalität und Admiralität der Bundeswehr ausschließlich aus meist hochrangigen Wehrmachts-offizieren, von denen keiner dem Widerstand gegen Hitler angehört hatte. Sechs dieser damals 189 Generäle und Admirale waren zudem wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden.

Auch das übrige Offizierskorps war überwiegend aus der Wehrmacht rekrutiert worden. So schreibt Lucius Teidelbaum in seinem 2012 verfassten Sachbuch *Braunzone Bundeswehr*, dass von den 14.900 Zeitsoldaten, die 1959 der Bundeswehr angehörten, 12.360 bereits in der NS-Zeit einen Offiziersstatus innehatten.

Erlass gegen die Tradition

Diese Zahlen muss man im Hinterkopf haben, wenn man heute wie-

der über das Selbstverständnis der Truppe debattiert. Zwar erließ das Bundesverteidigungsministerium 1982 einen sogenannten Traditionserlass, mit dem die Traditionslinie zur Wehrmacht offiziell gekappt wurde. Ob das in den Köpfen der Militärs aber tatsächlich auch so angekommen ist, bleibt zweifelhaft. Zumal dieser Traditionserlass nie konsequent durchgesetzt wurde. Bis heute sind immer noch Bundeswehr-Kasernen nach Wehrmachts-Offizieren benannt, die den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg mitführten oder von den Nazis zu Kriegshelden verklärt worden waren.

Die Wurzeln der deutschen Armee sind braun, und bis heute gibt es keine wissenschaftliche Untersuchung der Gründergeneration und des Einflusses ihres Menschenbildes auf die deutsche Armee. Es fehlt damit etwas, das in anderen Gesellschaftsbereichen längst selbstverständlich ist. Und das erleichtert es manchen, sich in eine unheilvolle Linie zu stellen.

Denn tatsächlich findet sich in der heutigen Bundeswehr auch eine neue Generation von Traditionalisten, die sich in der Nachfolge der – inzwischen verstorbenen – Erlebnisgeneration von Wehrmachts-offizieren sehen. Teidelbaum verweist in diesem Zusammenhang auf den Grundkonflikt zwischen „restaurativem Traditionalismus“ und „innerer Führung“. Schon 2008 sprach auch Hauptmann Michael Berger, Historiker und Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten, über eine in der Bundeswehr offen rechts auftretende Seilschaft von Traditionalisten, die sich in der Tradition der Wehrmacht sähen.

Berger zählte mehrere hohe Offiziere dazu, die inzwischen als Vertreter der Neuen Rechten gelten, darunter etwa den ehemaligen Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler sowie den wegen seiner Nähe zu rechtsextremen Positionen in den einstweiligen Ruhestand versetzten

Brigadegeneral Reinhard Günzel. Die Gruppe um die beiden sei so stark gewesen, vermutete Berger, dass sie eine Art Schuldumkehr versucht habe. In konservativen bis rechtsextremen Medien publizierten die dazu gehörenden Offiziere. „Hier verneinen sie zum Beispiel die Singularität der Shoah und fordern ein ungebrochenes Traditionsverständnis zur Wehrmacht“, sagte Berger.

2006 schrieb Ex-KSK-Chef Reinhard Günzel als Mitautor des Bildbandes *Geheime Krieger*, dass sich die Elitekämpfer des Kommandos Spezialkräfte vor allem in der Tradition der Wehrmachts-Sondereinheit „Brandenburger“ sehen würden. „Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert“, schreibt Günzel in dem Buch. Erschienen ist der Band, zu dem die Bundeswehr seinerzeit sogar Fotos beisteuerte, im Pour-le-Mérite-Verlag des deutschen Verlegers Dietmar Munier. Dessen Verlagsgruppe publiziert seit Jahren unter anderem rechte und geschichtsrevisionistische Literatur. Er gibt darüber hinaus die Monatszeitschrift *Zuerst!* heraus, die sich an eine konservative bis rechtsextreme Leserschaft wendet. Und *Zuerst!* zählt mittlerweile zu den einflussreichsten Medien der Neuen Rechten.

Dass hier ehemalige Bundeswehr-Offiziere schreiben, ist kein Zufall. Tatsächlich hat sich die Bundeswehr inzwischen zu einem wichtigen Aktionsfeld und Zielobjekt für die Neue Rechte entwickelt. Bereits 2007 zeigte eine Studie, dass unter den 2.300 Studierenden der Bundeswehr-Universitäten in Hamburg und München fast jeder Siebte der Neuen Rechten nahestand. Nach der publizistischen Offensive einschlägiger Medien in den vergangenen Jahren und der Gründung der AfD dürfte sich dieser Anteil noch deutlich vergrößert haben. Die Neue Rechte zielt mit ihrem akademisch-intellektuellen Auftreten bewusst auch auf das elitäre Selbstverständnis von Berufssoldaten. Die AfD ist dabei ein wichtiges Bindeglied: Berlins AfD-Landeschef Georg Pazderski etwa war Oberst im Generalstab.

Die ideologische Schnittstelle der Neuen Rechten mit dem Militär ist ein Demokratiekonzept, das eine

Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative präferiert. Laut diesem Konzept ergibt sich Gerechtigkeit durch eine Ordnung, in der eine intellektuelle Elite – zu der sich auch das Militär zählt – die Führung übernimmt und Entscheidungen zum Wohle der „Nation“ und des „Volkes“ trifft.

Dazu passt, dass genauso wie die Bundeswehr auch die Neue Rechte – im Gegensatz zur noch nazistisch geprägten extremen Rechten – in den Hitler-Attentätern vom 20. Juli ein Vorbild sieht, wie Teidelbaum in *Braunzone Bundeswehr* analysiert. Grund dafür ist, dass der Stauffenberg-Kreis ebenfalls antidemokratische Ziele verfolgte, also mit seinem Putschversuch keineswegs einen demokratisch legitimierten Staat errichten wollte. Auch im Elitverständnis gibt es Übereinstimmungen mit dem Militär. Die Publizistin Alice Brauner-Orthen etwa verweist darauf, dass der Elitebegriff der Neuen Rechten eng mit jenem der Burschenschaften zusammenhänge, wonach nicht die fachliche Qualifikation oder die Herkunft ausschlaggebend sei für die Zugehörigkeit, sondern das Mitwirken in einer Gruppe. Als eine solche Gruppe ist auch die Bundeswehr als hierarchisch geordnete Gemeinschaft anzusehen.

Offizier Kubitschek

Die Annäherung der Neuen Rechten an die Bundeswehr wird dadurch erleichtert, dass viele hochrangige Ex-Offiziere sich deren politische Positionen zu eigen gemacht haben und sie öffentlichkeitswirksam vertreten. Dazu gehören neben früheren Generälen wie die schon erwähnten Uhle-Wettler und Günzel auch Gerd Schultze-Rhonhof, Verfasser geschichtsrevisionistischer Publikationen, sowie der Militärhistoriker Franz W. Seidler, bis 1998 Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München.

Auch einer der wichtigsten aktuellen Protagonisten der Neuen Rechten ist Offizier: Götz Kubitschek, Gründer der im Jahr 2000 entstandenen neurechten Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS) im sachsen-anhaltinischen Schnellroda. Kubitschek führte 1998 als Leutnant

der Reserve einen Einsatzzug des Bataillons für Operative Informationen in Sarajevo. 2001 wurde er zunächst aus der Bundeswehr entlassen, nachdem seine Redaktionstätigkeit für die rechte Zeitung *Junge Freiheit* (JF) bekannt geworden war. Nach einem von der JF initiierten „Appell an die Bundeswehr“, den viele Offiziere und Reserve-Offiziere unterzeichnet hatten, wurde die Entlassung wieder aufgehoben.

2005 trug Kubitscheks Institut für Staatspolitik den Aufruf „Gegen das Vergessen“ mit, der sich gegen die Interpretation des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung wandte. Unterzeichnet hatten den Aufruf auch zwölf pensionierte Bundeswehrgeneräle. Kubitschek ist zudem Chefredakteur des Theoriemagazins *Sezession*, in dem maßgebliche neurechte Ideologen publizieren.

Zu den Autoren des Magazins gehört etwa auch Brigadegeneral a.D. Erich Vad. Das CDU-Mitglied referierte zudem in Kubitscheks IfS und schrieb Artikel für die *Junge Freiheit*. In einem Text verteidigte der heute 60-Jährige die Geiseler-schießungen durch die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und das brutale Vorgehen gegen Partisanen als vom Kriegrecht gedeckt.

Bis zur Außerdienststellung im Mai 2013 war Vad der wohl einflussreichste General in der Bundesrepublik. Als Chef der Gruppe 22 in der Außen- und Sicherheitspolitischen Abteilung des Kanzleramtes war er sogar der oberste Militärberater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Eine Debatte über das Selbstverständnis der Bundeswehr, die es ernst meint, kann sich daher nicht damit zufrieden geben, nur Kasernen nach Wehrmachtsdevotionalien zu durchsuchen. Sie wird tiefer gehen müssen.

Andreas Förster

Zuerst erschienen in
der Freitag
Das Meinungsmedium

Ausgabe 19/2017 | 24.05.2017

Tel. 040 3007-3510
service@abo.freitag.de
Für Fragen direkt zum
Freitag digital:
service@digital.freitag.de

Soziale Bauernrevolution

Der Aufstand des "Gemeinen Mannes" während der Reformation



Historische Einordnung und Vorlauf

Weder Reformation noch Bauernkrieg kamen aus heiterem Himmel über die Menschen und ihre schlechten Lebensverhältnisse, sondern hatten einen langen Vorlauf mit immer wieder aufflackernden sozialen Unruhen und regionalen Aufständen in ganz Mitteleuropa, man denke etwa an die Hussiten in Böhmen, den „Armen Konrad“ im Badisch-Nordwürttembergischen und die bäuerlichen Bundschuh-Vereinigungen in Süddeutschland.

2017 ist Gedenkjahr der Reformation und ihres Auslösers Martin Luther (1483-1546). Die lutherischen, reformierten und unierten evangelischen Kirchen in Deutschland feiern die 500. Wiederkehr des Anschlags von Luthers 95 Ablassthesen 1517 ans Portal der Wittenberger Marienkirche. Es war der Auftakt zum internen Kirchenkampf gegen die päpstliche Vorherrschaft in Rom und den blühenden Ablasshandel (Sündenerlass durch Geldabgabe), der die bis heute andauernde Spaltung der christlichen Kirche des Abendlands in katholisch und evangelisch bewirkte. Doch jenseits der vielen offiziellen Kirchenfeiern und öffentlichen Manifestationen zum Jubiläum, gilt es auch eines anderen, nicht minder bedeutenden, vielleicht sogar bedeutenderen Ereignisses in diesem Zusammenhang zu gedenken: des Aufstands der Bauern, Handwerker und armen Leute zwischen 1524 und 1526, was die Historie die kurze Zeit der „Bauernkriege“ nennt. Es war die erste und auf lange Sicht einzige große soziale Erhebung gegen die mit der Kirche eng verknüpfte spätf feudale Macht der Fürsten und Lehnsherren.

August Thalheimer bemerkt in seinen Moskauer Vorlesungen 1927 zur „Einführung in den dialektischen Materialismus“ zu Reformation und Luther: „Gleichzeitig mit dieser Entwicklung (Anfang des 16. Jahrhunderts, Anm. des Verfassers) der bürgerlichen Produktionsweise beginnt ein allgemeiner Kampf gegen die oberste Spitze der feudalen Gesellschaftsordnung, die Kirche. Dieser Kampf beginnt ebenfalls scharfe Formen anzunehmen um die Wende des XVI. Jahrhunderts: (...) Luther tritt auf sowie auch Calvin und Zwingli. Die Reformation ist eine Empörung gegen die Kirche, aber noch innerhalb der Grenzen der Kirche und der Religion. Die allgemeinste und die radikalste Form des ideellen Kampfes mit der feudalen Gesellschaft im allgemeinen und der Kirche im besonderen war aber die bürgerliche Philosophie.“ (S. 80/81).

Der Bauernkrieg stellte auch eine soziale Auflehnung gegen die Kirche von außen dar. Noch gab es kein bewusstes „Proletariat“ im späteren Marxschen Sinn, keine industrielle oder technische Produktionsweise mit Massenbasis, sondern andere, meist untere Gesellschaftsschichten und soziale Klassen an sich. Im Fall der Ereignisse im reformatorischen

Stammgebiet in Thüringen war es im Wesentlichen ein Zusammenwirken von klerikal auftretenden Kritikern aus Mönchs- und Priestertum im Stadt-Land-Verbund mit gebildeten, Handel treibenden städtischen Kleinbürgerschichten, handwerklichen Zünfteknappen (Bergbau, Tuchweberei, Weberei, Glasmanufaktur, Buchdruck u. a.) und ländlichen Bauernschichten, je nach örtlichen und regionalen Gegebenheiten, wenn auch die Bauernschaft den mit Abstand größten und aktivsten Anteil bildete.

Reformation und Revolution

Man kann in einem weiten Blick auf die Neuzeit die Epoche der Reformation noch vor der liberalen und sozialistischen als revolutionäre bezeichnen. Sie entstand aus dem Christentum heraus und stellte die herrschenden, klerikal dominierten Verhältnisse eine Zeitlang in Frage. Gleichzeitig muss man auch eines mit bedenken: es war gerade der anstoßende Reformator Luther, der dann im weiteren Verlauf des Geschehens wesentlich dazu beitrug, dass diese erste große Revolution in Deutschland von einer Fürstenkoalition (u. a. Schwäbischer Bund) aufgehalten und niedergeschlagen wurde. Sein unchristlicher Hass auf die niederen ungebildeten Bauernstände und ihre rebellischen, durch die Lande ziehenden und Bilder stürmenden Haufen, sprach aus seiner Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ (1525). Für Luther blieb die weltliche Herrschaft unantastbare Herrschaft, die aufständischen Bauern empfahl er wie einen „faulen Hund“ zu behandeln. Dass Luther die Bibel, die bis dahin nur lateinisch gelesen und fürs gemeine Kirchenvolk wie die weltlichen Oberen auch nur in Latein ausgelegt wurde, ins Deutsche übersetzte, ist sein bleibendes großes Verdienst. Plötzlich sprach es aus den Mündern der abtrünnigen „Pfaffen“ von der Kanzel herab verständlich deutsch. Erst dadurch begannen die Menschen in den ländlichen Regionen wie wachsenden Städten zu er-

kennen und verstehen, welche auch radikale soziale Urbotschaft für sie in diesem Buch steckte und dass ihr Schicksal ein relatives veränderbares, kein absolutes feststehendes, nur Gott gegebenes war. Der neue Buchdruck Gutenbergs (um 1450) trug das Seine an materiellem Schub dazu bei, dass nicht nur biblisches und theologisches, sondern auch philosophisches Wissen (etwa die aufklärerischen Ideen eines Erasmus von Rotterdam) sich unter den breiteren Massen der unteren Bürgers- und Handwerksleute und Bauern, so sie des Lesens kundig waren, ausbreitete und Anlass gab, die erfahrene und vielfach erlittene soziale Wirklichkeit daran zu messen. Schulen auch als Vorbereitung auf die Universitäten gab es noch keine, nur die klösterliche Bildung. Geschichte wurde jetzt nicht mehr nur von den mönchischen Klosterschreibern in Latein aufgeschrieben. Und nicht nur Wissen aus Büchern fand dadurch Verbreitung, sondern man konnte auf Flugzetteln und mit Flugschriften plötzlich Kritik und Widerspruch in massenhaft vervielfältigter Form unter die Leute bringen, was deren Handeln und Eingreifen beschleunigte. Die Geburt des Flugblattes als Mittel öffentlich kommunizierenden Protests. Eine Art früher Vorlauf des Phänomens „sozialer Netzwerke“ heute. Flugblätter wurden freilich auch gegen die aufbegehrenden Bauern gedruckt und eingesetzt, wie z. B. ein erhaltenes verbreitetes Spottlied auf die bäuerlichen Aufständischen im Gebiet des Salzburgerischen Radstadt belegt.

Umwälzung des herrschenden Weltbilds

Die Entdeckungsfahrten und ersten Weltumsegelungen von Columbus, Vespucci Magellan, Drake u. a. Ende des 15./Anfang des 16. Jahrhunderts, erschlossen neue Welten und machten den Globus „kleiner“. Nun war quasi auf Kartenwerken jede Ecke der Welt bekannt und praktisch erreichbar mit Ausnahme der Pole. Wer in den Westen per Schiff segelte, kehrte zum Staunen der Menschen aus dem Osten wieder zurück. Wertvolle Bodenschätze (Gold, Silber, Metalle) und bedeutende Nahrungs- und Genussquellen (Kartoffel, Kaffee, Kakao, Tee, Tabak, Zucker, Gewürze,

Südfrüchte) gelangten in Reichweite und Besitz kolonialer Mutterländer wie Spanien, Portugal, England, Holland und z. T. auch Frankreich und wurden rücksichtslos ausgebeutet. Der bis dahin zentraleuropäische und mittelmeeerische Handel verlagerte sich erweitert um den Sklavenhandel in den transatlantischen, mittel- und süd pazifischen Seeraum bis nach Asien. Die darauf folgende, Jahrhunderte währende Unterdrückung neu entdeckter Völker („Conquista“) wurde durch christliche Mission befördert und zementiert. Im neuen kopernikanischen Weltbild bildeten weder die Erde noch die Sonne mehr das alleinige Zentrum. Das hatte auch Folgen für die früher allein im Zentrum stehende absolute Herrschaft („Sonnenkönig“). Kolonialer Welthandel und kapitalistische Buchhaltung hielten Einzug in die nachmittelalterlichen feudalen Handelsgesellschaften der Fugger und Welser, die eigene Handelsflotten unterhielten und Söldnerheere zur Bekämpfung von Aufständen finanzierten. Im Kampf um die besten Handelsplätze gerieten die Kolonialmächte in Kriegen aneinander. Das Mittelalter neigte sich endgültig seinem Ende zu. Einen der letzten Ritteraufstände gegen den Verlust von Standesprivilegien und Absturz ins Bedeutungslose gab es in Deutschland 1522/23 in der Pfalz, angeführt von Franz von Sickingen. Das ist der große weite Rahmen für das, was damals in Deutschland anhub und geschah und sich angestoßen durch die Reformation als menschliche Emanzipation niederschlug, die spätere Entwicklungen 1789, 1848 und 1919 wesentlich mit beeinflussen sollte. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neu entstehende Sozialdemokratie wurde in Deutschland zur späten Sozialerbin der Reformation und protestantischer Arbeitsethik und war in der sozialen Frage bald nicht minder zwischen gemäßig und revolutionär gespalten.

Bibelübersetzung ins Deutsche

Gegen die Vorherrschaft des römisch-katholischen Kaisers und des päpstlichen Klerus hängten sich viele deutsche Fürsten am Anfang nur zu gern an den reformatorischen Aufbruch an, um davon profitierend den Einfluss von Kaiser und Papst

zurückzudrängen und ihrerseits ihr eigenes Machtterrain zu stärken und auszudehnen. Es galt das Prinzip *cuius regio eius religio*, d. h. protestantisch und evangelisch wurden ganze Landstriche unter der Schutzmacht jeweiliger frisch reformierter Landesfürsten. Als Luther 1521 auf dem Reichstag zu Worms vor Kaiser Karl V. und Gesandten des Papstes Leo X. seine „ketzerische Lehre“ widerrufen sollte, dabei seinen berühmten Gewissensimperativ des *„Hier stehe ich und kann nicht anders“* formulierte und damit nicht durchdrang, bot ihm auf dem Rückweg der Kurfürst Friedrich von Sachsen entgegen der gegen Luther verhängten Reichsacht „Schutzhaft“. D. h. Aufnahme und Obdach als unerkannter „Junker Jörg“ auf der Wartburg bei Eisenach. Dort übersetzte er das Neue Testament in fieberhafter Unrast in nur elf Wochen ins Deutsche. Dabei schuf er gleichzeitig eine neue einheitliche deutsche Sprache über die zahlreichen Dialekte und Mundartgrenzen hinweg. Viele seiner bilderreich übersetzten Wortschöpfungen aus der Bibel sind noch heute im täglichen Gebrauch. Unter anderem knüpften später die Brüder Grimm mit einer systematischen Grammatik und einem ersten Wörterbuch des Deutschen daran.

Thomas Müntzer – aufgehender Stern wie ein Regenbogen

Müntzer ist um 1489 im aufstrebenden Harzer Bergwerksstädtchen Stolberg in verhältnismäßig wohlhabendem Bürgerhaus geboren worden, über sein familiäres Umfeld ist sonst nur wenig bekannt. Studienorte waren Leipzig und Frankfurt an der Oder. Mit seiner radikalen theologischen Fortführung der Luther-Reformation wurde er nicht zu dessen Nachfolger, sondern großem Antipoden und Widersacher. Müntzer war der erste Prediger, der den ganzen Gottesdienst auf Deutsch abhielt und den Altar in die Mitte rückte, um sich den Gläubigen direkt zuzuwenden. Er heiratete zwei Jahre vor Luther eine entlaufene adlige Klostersnonne und zeugte zwei Kinder mit ihr. Müntzer schrieb seine Deutsche Messe, übersetzte die mittelalterliche Gregorianik (lateinischer Mönchsgesang) in die deutsche Sprache, so dass sie alle

mitsingen konnten. Seine Bibel interpretierte Botschaft war die Gott gewollte Gleichheit der Menschen gegen die Tyrannei. Das kommende „Reich Gottes“ sollte endzeitlich interpretiert mit seinen Verheißungen ein irdenes werden. Er war ein schwärmerischer Feuerkopf und begeisterte mit seinem exzellenten Redetalent die Massen. Eine Art damals schon fortschrittlicher Populist, nicht Demagoge. Nicht Luther war der „erste Wutbürger“, wie das Magazin *Der Spiegel* in seiner fünfteiligen Reformationsartikelserie (ab Nr. 44/2016) titelte, sondern Müntzer, dem die antisemitische Grundhaltung und Judenhetze Luthers völlig fehlte.

Luther – Müntzer

Müntzer kam gleich im Thesenjahr 1517 noch nach Wittenberg. 1519 schickte ihn der ältere Luther zunächst ins brandenburgische Jüterbog zum Predigen und Agitieren für die neuen Reformationsgedanken. Dort kam es zur Konfrontation mit Franziskanern, die gegen die Anwesenheit reformatorischer Prediger protestierten. In seiner Zwickauer Zeit kam Müntzer in nahen Kontakt mit dem rebellischen Taboriten Nikolaus Storch und dessen schwärmerischem Anhang, was nicht ohne bleibende Wirkung blieb. Nach anfänglicher großer Sympathie der beiden Kirchenmänner füreinander, steigerten sie sich bald in einen unversöhnlichen Hass aufeinander. Müntzer erweiterte die theologische in eine radikale soziale Reformation. Er wurde deshalb für Luther zum gefürchteten verdammten „Satan von Allstedt“, den es mit aller Fürstenmacht zu bekämpfen, niederzumachen und samt bauerlicher Gefolgschaft auszumerzen galt. Dieser bezog wiederum in seiner im lutherischen Nürnberg im Herbst 1524 noch verfassten „Hochverursachten Schutzrede“ und „Antwort wider das geistlose, sanftlebende Fleisch zu Wittenberg“ scharf gegen Luther Position. Er nennt ihn einen „Doktor Lügner“ und „hochfärtigen Narren“, Allein das Pamphlet gelangte nur noch vereinzelt unters Volk, der Magistrat der Stadt ließ es in der Druckerei so-

fort konfiszieren und einstampfen. Der in militärischen Dingen zunächst unerfahrene und dem Mystischen zugeneigte Prediger und kompromisslose Mahner für die Freiheit, Müntzer, wurde mit seiner Gewaltverkündung in Thüringen zum Anführer der



gegen die Fürsten sich bewaffnenden und aufstehenden Bauern, niederen Bürgersleute und Armen. Obwohl auch er zunächst noch den Frieden und ein Auskommen mit den Fürsten und Lehnsherren suchte, sie dann mit seiner anklagenden „Fürstenpredigt“ (1523) in der Schlosskirche zu Allstedt allerdings ultimativ zu Umkehr und Zugeständnissen aufforderte. Für die versammelten Fürsten und Lehnsoberen wurde spätestens da klar, dass sie derart gereizt und herausgefordert diesen lästigen Aufrührer loswerden mussten, den die Verhältnisse und seine Anhänger vorantrieben. Einzig der Müntzer zugeneigte Gönner Friedrich der Weise von Sachsen, derselbe, der auch schon Luther protegiert hatte, war dafür, die Forderungen der Bauern zu erfüllen. Aber er war schon todkrank und zu schwach, als dass er sich im Fürstenlager hätte durchsetzen und Müntzer noch weiter Beistand und vermittelnde Fürsprache gewähren können. Müntzers Parole war denn auch: „Die Zeit der Ernte ist gekommen,

ich habe meine Sichel scharf gemacht“, was er schon zuvor in seinem Prager Manifest (1521) verkündet hatte. Man zog unter der Regenbogenfahne entschlossen und stolz ins Feld.

Unruhen, Aufstände, Schlachten

Ihren Ausgang nahm die Bauernrevolution aber anderswo, im Süden der deutschen Reichslande im Südschwarzwald (Landgrafschaft Stühlingen) an der schweizer Grenze. Von da übergreifend in Regionen der Nordschweiz und ausstrahlend einerseits ins Elsass-Lothringische (Zabern westlich von Straßburg) und nach Osten bis nach Tirol und hinter Salzburg (Radstadt), sowie nach Nordosten ins Fränkisch-Hohenlohische. Von dort loderten die Flammen bauerlicher Kriegszüge und Schlachten noch weiter nördlich über den Main hinaus bis ins Eichsfeld und die Gegend um Frankenhäusen, wo die Thüringer Haufen umherzogen, die Müntzer hinter sich versammelnd zu einen versuchte. Im Südwesten im Oberrheintal und um Freiburg bis Basel hatte sich schon Jahrzehnte vorher die Bauernvereinigung des Bundschuhs gegen die Oberen gegründet, die jetzt unter der markanten langen Dreiecksfahne mit dem Schuh sammelnd und organisierend aktiv ins Geschehen eingriff. Etwas weiter südöstlich schlossen sich dann die Stühlinger Bauern (teils eidgenössisch), die Hegauer, Baltringer (bei Biberach), Bodenseer und Allgäuer Haufen an, jeweils mit mehreren tausend Anhängern. Weiter nach Norden zu kam es zu Schlachten oft in Überzahl mit kleineren, aber kampfstarken Fürsten- und Lehnsherrenheeren des Schwäbischen Bundes bei Wurzach, Leipheim, Böblingen, Heilbronn, Zabern, Pfedelsheim (Pfalz), Königshofen (mittlere Mainregion) und Würzburg. Da waren nordwestlich von Stuttgart die Odenwälder Bauernhaufen und im Raum bis Nürnberg hielt sich der sogenannte Schwarze Haufen Florian Geyers. Das unter dem Befehl des für seine Unnachgiebigkeit und besonders weitgehende Grausamkeit be-

kannten Grafen Georg III. Truchsess von Waldburg-Zeil, auch „Bauernjörg“ genannt, führte große Ritter- und Landsknechtsheer legte bei seinen Feldzügen und Scharmützeln in Oberschwaben, im Bodenseegebiet bis ins obere Donau- und Neckartal (Balingen, Rottenburg) bis vor Stuttgart und weit darüber hinaus an den Main und wieder retour gut 1.000 km zurück. Es waren auf beiden Seiten Zehn- bis Hunderttausende ins kriegerische Geschehen involviert. Die durch die Lande ziehenden Bauernhaufen von jeweils bis zu mehreren tausend martialisch mit Sensen, Sichel, Gabeln, Dreschflegeln, Äxten, Knüppeln, Lanzen und Schwertern Bewaffneten waren nicht zimperlich. Sie plünderten Klöster, zerstörten Bilder und Statuen in Kirchen, legten Feuer an öffentlichen Gebäuden wie Rathhäusern, belagerten gegnerische (Reichs-)Städte, erschlugen Adlige, besetzten und schleiften Burgen. Viele der zerstörten Klöster wurden danach wieder aufgebaut, aber bis heute zeugen zahlreiche

Burgruinen, die nicht wieder aufgerichtet wurden, von jener aufrührerischen Zeit. Die Aufständischen hatten je nach Kräfteverhältnissen auch durchaus verschiedene Herangehensweisen und Taktiken, mal mit mehr, mal weniger Gewalt, mal unversöhnlich kämpfend, dann oft aufgrund unterlegener Umstände wieder auf Verhandlungen zielend. Sie wurden oft von Hauptleuten geführt, die nicht selten im Kampf erprobte, übergelaufene Landsknechtsanführer und rebellische Ritter waren. Berühmte Namen waren etwa Florian Geyer und Götz von Berlichingen. Man löste einen Haufen auch schon mal vorübergehend auf, um zuhause ähnlich wie es später die Tiroler Freischützen um Andreas Hofer machten, die Felder zu bestellen und nötige Arbeiten zu verrichten.

Schlacht am Kyffhäuser bei Frankenhausen (Thüringen)

Am 15. Mai 1525 kam es zu einer der entscheidenden Schlachten des ganzen Bauernkriegs am Hausberg der kleinen Reformationsstadt mit über 13.000 Kämpfenden auf beiden Seiten. Mit Müntzer an der Spitze seiner Bauernhaufen gegen ein an Zahl etwa gleich großes, aber an Waffen mit Kanonen, Musketen, Reiterei in Rüstung und Strategie weit überlegenes Söldnerheer einer hessisch-sächsischen Fürstenkoalition. Es überrannte die auf einer Anhöhe zur



provisorischen Wagenburg gebildete rebellische Stellung und schoss sie gnadenlos mit ihren in Reihen feuernden Kanonaden zusammen. Die Aufständischen wurden so in nur kurzer Zeit und im Kampf Mann gegen Mann zu Tausenden grausam hingemetzelt und Entkommenen auch noch auf der Flucht die Schädel eingeschlagen. Die anführenden Fürsten Philipp I. von Hessen und Georg der Bärtige machten ganze tabula rasa, übten Rache für die unbotmäßige Herausforderung und nahmen den überlebenden Müntzer gefangen. Sein Widersacher, Graf Ernst von Mansfeld, wollte auf seiner Feste Heldrungen unter Folter ein letztes Abschwören von Müntzer erzwingen, der anschließend nahe am Feldlager vor Mühlhausen öffentlich enthauptet wurde. Sein Körper wurde gepfählt, sein Kopf aufgespießt und der Leichnam unbekannt verscharrt.

Es sollte keinen Wallfahrtsort für seine Anhänger geben. Müntzers Ehefrau Otilie von Gersen wurde geschändet und vergewaltigt. Ihre Spuren verlieren sich danach. Das noch zur DDR-Zeit auf dem Schlachthügel errichtete, im September 1989 eingeweihte Panoramamuseum bei Frankenhausen zeigt in einem zwischen 1976 und 1987 entstandenen Monumentalgemälde (14x123 Meter) des Leipziger Künstlers (Leipziger Schule) Werner Tübke (1929-2004) und fünf seiner Mitarbeiter Szenen „Frühbürgerlicher Revolution in Deutschland“. Die offiziell würdigende Bezeichnung der DDR

für den Bauernkrieg. Die Bevölkerung nahm das 93 Mio. Ostmark teure Prestigeobjekt als „geschichtsdidaktischen Weihetempel“ nur bedingt an und manche nannten den großen runden Betonbau abwertend „Elefantenklo“.

Ursachen und Hintergründe

Es waren in erster Linie große soziale Not und existenzielles Elend, was die Bauernmassen zu ihren Taten motivierte und antrieb. Einerseits. In der ausgehenden mittelalterlichen Ständeordnung trug der Bauernstand mit Abstand wirtschaftlich die größte Last. Die sozialen Unterschiede waren teils beträchtlich. So gab es ein reiches freies Bauerntum in Friesland und im Allgäu. In Oberschwaben hingegen waren die Bauern oftmals Leibeigene und ihren Lehnsherren

verpflichtet. Andererseits war es ein erwachendes Selbstbewusstsein von der eigenen Lage und Bedeutung als „produktiver Klasse“ die unter der Knute der Fürsten und Lehnsherren ihren handelsfähigen „Mehrwert“ erwirtschafteten und kaum etwas davon abbekamen und zum Leben übrig behielten. Das geografische „Deutschland“ (Hl. Römisches Reich deutscher Nation) war mit damals etwa 15 Millionen Einwohnern pures Agrarland mit Ackerbau und Viehzucht überall. In den Städten wuchsen erst allmählich manufaktuelle Handwerksstände heran und gründeten sich verschiedene Zünfte als Broterwerb für viele, die in sie strömten. Damit nahm auch der Handel zu und weitete sich aus. Die Mittel- und Großbürger siedelten sich im Zentrum um die Marktplätze der Orte und Städte herum an. Deshalb stehen dort – wenn erhalten – auch heute noch die prächtigsten Bürgerhäuser. Man leistete auf dem Land überdies horrenden Abgaben an die vielen Klöster, musste im Todesfall des Familienoberhauptes das Haus- und Hoferbe zur Hälfte mit dem Lehnsmann teilen und fiel bei Mittellosigkeit ganz unter dessen Leibeigenschaft, der schlimmsten von den Bauern gefürchteten Fron. Wer auf Erden seine Schulden nicht begleiche, so verkündeten einschüchternd die Lehnsherren und im Gleichklang mit ihnen die sie hofierenden Pfaffen, käme nicht in den Himmel und schmore dafür ewig im Fegefeuer. Kurz: es herrschte in weiten Gebieten bittere Armut, Angst und Ausbeutung. Wo die Menschen wie im Schwarzwald noch zusätzlich in einer kargen Umwelt lebten, die ohne Waldbesitz und Jagdrecht wenig Möglichkeiten der eigenen agrarischen Nutzung und Existenzsicherung boten, war dieses Darben noch weitaus größer. Wilderei war daher in großem Maßstab üblich. Die Felder indessen blieben oft unbestellt, die Männer kämpften und fielen schlecht und nur gelegentlich mit erbeuteten Schusswaffen ausgerüstet, zuhauf in ungleichen Schlachten, was Armut

und Hunger ihrer Hinterbliebenen auf viele Jahre nur noch vergrößerte.

„12 Artikel“ von Memmingen 1525

Der Luthergegner Müntzer war nach seinem heimlichen Weggang aus Allstedt als Wanderprediger auf Agitationsreise unterwegs, die ihn über Fulda, Schweinfurt, Nürnberg bis ganz nach Süddeutschland, nach Basel und Waldshut führte. Brieflich hatte er auch mit Wiedertäufern in der Schweiz



Kontakt aufgenommen. Er predigte und lebte bei den aufständischen Bauernhaufen, nahm aufmerksam in sich auf, was diese in ihren lokalen Versammlungen und Verlautbarungen verkündeten und noch lange vor der Abfassung der Menschenrechte in vordemokratischen Programmen wie den „12 Artikeln“ von Memmingen (nicht zu verwechseln mit den ebenso genannten Memminger Artikeln) gegenüber dem Schwäbischen Bund forderten. Deren Formulierung schreibt man vornehmlich dem Memminger Schreiber Sebastian Lotzer und dem St. Galler Theologen und Reformator Christoph Schappeler zu. Müntzer wird seinen Teil inspirierend dazu beigetragen haben. Sie waren, wie Blickle in seinem Standardwerk zur Revolution 1525 schreibt, „Beschwerdeschrift,

Reformprogramm und politisches Manifest zugleich.“ (S. 24). Und weiter: „... sie waren revolutionär in zweifacher Hinsicht: konkret durch den Leibeigenschafts-, Zehnt- und Pfarrerwahlartikel, grundsätzlich durch die Inanspruchnahme des Evangeliums als Gesellschaft und Herrschaft gestaltendes Prinzip“ (S. 28). Diese besagten sinngemäß im Einzelnen:

1. Recht auf Wahl und Absetzung der Pfarrer durch die Gemeinde; dies sei notwendig, da nur so gewährleistet werde, dass das reine Evangelium ohne die Interpretation und Tradition der alten Kirche gelehrt wird;
2. Aufhebung des Kleinzehnten (Abgaben); Zurückbehaltung des von gewählten Kirchenpropsten verwalteten Großzehnten und dessen Zuteilung durch die Gesamtgemeinde nach Bedarf des Pfarrers, für die Armen des Dorfes und ggfs. zur Landesverteidigung zur Entlastung der Dorfgenossen von Steuern;
3. Aufhebung der Leibeigenschaft, ohne dass dies bedeuten solle, dass die Bauern keiner Obrigkeit und Herrschaft unterworfen bleiben wollen;
4. freie Jagd und Fischerei mit Hinweis auf die erheblichen Wildschäden;
5. Restituierung (Wiederherstellung) von Wäldern und Forsten, sofern den Gemeinden nicht abgekauft; unentgeltliche Entnahme von Brenn- und Bauholz durch die Bauern unter Forstknechtsaufsicht;
6. Herabsetzung der Dienste (Fronen) auf ein erträgliches Maß; Herkommen und Evangelium sollen als Orientierung dienen;
7. Einhaltung der Lehenbriefe-Bestimmungen; keine willkürliche Erhöhung der Dienste; Leistung von Diensten für die Herrschaft gegen angemessene Vergütung, sofern die eigene Hofarbeit es zulässt;
8. da die Gülten (Zahlungen, Werte) für viele grundherrlich gebundenen Güter zu hoch angesetzt seien, dass ein Existenzminimum des Gutsinhabers nicht mehr gewährleistet sei, Neueinschätzung der Abgaben durch „ehrbare Leute“;
9. gegen willkürlich festgesetzte Höhe und ständig geänderte Bemessung von Bußen (Strafen) bei „schweren Vergehen“ Neufestsetzung nach älteren Gerichtsordnungen;
10. Einzug ehe-

maliger Gemeindewiesen und -äcker ohne Kaufvertragsnachweis durch Gemeinden; bei Vorliegen rechtmäßigen Erwerbs gütliche Übereinkunft; 11. Todfall (bei Tod des Ernährers Anheimfall des Gutes an den Lehnsherrn) wird künftig verweigert, da er zur Expropriierung der Bauern eingesetzt und Erben ungebührlich belasten würde; der 12. Artikel schließlich beinhaltet keine einzelne Forderung, sondern bezieht sich im Sinne der Präambel auf das Grundanliegen der Bauern nach Harmonisierung von weltlicher Ordnung und Wort Gottes; sofern sich ein Artikel nach der Schrift als unrechtmäßig erweisen würde, soll er fallengelassen werden; im Umkehrschluss behalten sich die Bauern vor, weitere Forderungen aufzustellen, sofern sich das aus dem Testament ergeben sollte (zit. nach Blicke, *Die Revolution 1525*, S. 25-27 u. 321 ff.).

Die Bedeutung der Artikel, zu denen Luther alsbald in seiner „*Ermahnung zum Frieden auf die Zwölf Artikel der Bauernschaft in Schwaben*“ kritisch und beschwichtigend Stellung bezog, erhöhte sich noch durch die Verbindung mit einer gleichzeitig beschlossenen, verfassungsähnlichen sozialen „Bundesordnung“, die einen Rätecharakter aufwies. Beides zusammen markierte eine erstaunlich klare Vorstellung und den Willen zu einer grundsätzlich gerechteren Ordnung politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse. Darin bewahrte sich die militärisch unter großen Opfern (man spricht geschätzt von siebzig bis hunderttausend Toten auf Bauernseite) unterlegene Bauernrevolution ihren geistigen Fundus und Bestand über die folgenden Jahrhunderte hinweg. Als einzige Dokumente des Bauernkriegs wurden die beiden Texte in einer hohen Auflage bis zu 25.000 gedruckt und weit verbreitet. Viele vorgetragene ähnliche Forderungskataloge an anderen Orten nahmen sich daran ein Vorbild und Beispiel, teils waren sie aber auch je nach örtlicher Lage und Lesart radikaler oder milder formuliert. Man sieht schon am inhaltlichen Charakter einzelner Punkte, dass es sich in ihrer deutlichen Bindung an den christlichen Glauben, die wohl auch eine beabsichtigte Absicherung darstellte, um keinesfalls maximalistische Begehren handelte und sie die Fürsten und Lehnsherren durchaus hätten weitgehend ganz oder teilweise

erfüllen können. Deren vielfach aber renitent an den Tag gelegte Fundamentablehnung von Machtbeteiligung ohne jedes Entgegenkommen sorgte ihrerseits für eine Eskalation der Ausschreitungen und Gewaltakte.

Ausgang und Fazit

Nach der endgültigen Niederwerfung der Bauernunruhen wurde hart und ohne Pardon durchgegriffen. Wer sich an Kampfhandlungen beteiligt hatte und überlebte, erfuhr, falls man seiner habhaft wurde, Sippenhaft und das Strafgericht von Gefängnisverbannung bis zur Tortur und Hinrichtung. Erstmals war in Deutschland in einer übergreifenden, von beiden Seiten gewaltsam geführten Herrschaftsaus-einandersetzung ein Teil des Volkes eigenständig als kämpfendes Subjekt kollektiv aufgetreten, verweigerte Abgaben, stellte selbstbewusst Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit, nach Abschaffung von Privilegien und zugesicherter Gerichtsbarkeit, ein wichtiger Schritt zur Eindämmung und Zurückweisung von Willkür durch Fürsten und Lehnsherren und ihre Richter. Der Bauernstand, der sich in Deutschland nach dem regionalen Krieg für 300 Jahre politisch nicht mehr in dieser Dimension und geschlossenen Formation regte (es gab danach weitere Aufstände im 30-jährigen Krieg, in der Pfalz, der Schweiz, in Tirol), musste noch bis zum deutschen Vormärz und zur Revolution des Jahres 1848 warten, um einzelne Punkte der Memminger Charta umgesetzt zu erleben. Der Tenor der Memminger und vergleichbarer Forderungen bestätigte nur Müntzers eigenes radikalsoziales Ansinnen. Es waren zuerst aber die Lutherthesen von der „*Freiheit eines Christenmenschen*“ (1520), wonach „*ein Christenmensch (...) Herr über alle Dinge und niemandem untertan sei*“, die im Bauernaufstand einen sozialen und egalitären Unterbau gefunden hatten, was aber gar nicht in Luthers Sinn war, der an der weltlichen Ordnung und Herrschaft nie zu rütteln gedachte. (Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist; Losung aus dem neutestamentlichen Römerbrief). Der Kirchenrevolutionär Luther hatte die weltlichen sozialen Erfordernisse seiner Zeit und die Nöte der Menschen zunächst zwar wenn auch hadernd er- und anerkannt, den-

noch aber gegen ihre Bedeutung und Tragweite gepredigt und angekämpft, indem er sich auf die herrschende Seite der Fürsten stellte. Friedrich Engels, der, sich dabei wesentlich auf des Theologen Wilhelm Zimmermann umfangreiche Bauernkriegsgeschichte stützend, in Luther sehr wohl den „*Fürstenknecht*“ anklagte, urteilte über die Reformation und Luther gleichwohl würdigend: „*Es war die größte progressive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte, eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit (...). Luther fegte nicht nur den Augiasstall der Kirche, sondern auch den der deutschen Sprache aus, schuf die moderne deutsche Prosa.*“ (Friedrich Engels: *Dialektik der Natur*. MEW, Bd. 20, S. 312).

EK/HB, 15.3.2017.

Literatur/Quellen (Kleine Auswahl):

Peter Blicke: *Die Revolution von 1525*.

München 2004

Ernst Bloch: *Thomas Müntzer als Theologe der Revolution* (1921). Frankfurt/M. 1985 (2.

Aufl.)

Günter Brakelmann: *Müntzer und Luther*.

Bielefeld 2016

Gerhard Brendler: *Thomas Müntzer. Geist und Faust*. Köln 1989

Friedrich Engels: *Der deutsche Bauernkrieg, 1850*. MEW, Bd. 7 (S. 327-413)

Heinold Fast: *Der linke Flügel der Reformation*. Bremen 1962

Hans-J. Goertz: *Thomas Müntzer: Revolutionär am Ende der Zeit. Eine Biographie*. München 2015

Hellmut G. Haasis: *Auf den Spuren der Besiegten* (3 Bde.).

Bd. 1: *Freiheitsbewegungen von den Germanenkämpfen bis zu den Bauernaufständen im Dreißigjährigen Krieg*. Reinbek b. Hamburg 1984

Karl Kautsky: *Vorläufer des neueren Sozialismus* (1895). Berlin 1991

Joseph Lortz: *Die Reformation in Deutschland*. Freiburg 1982

Thomas Müntzer: *Schriften und Briefe*. Hrsg. von Gerhard Wehr. Frankfurt 1973

Walter Nigg: *Das Buch der Ketzer*. Zürich 1986

Gustav Regler: *Die Saat. Roman aus dem Bauernkrieg* (1935). Frankfurt 2002

Gerhard Wehr: *Thomas Müntzer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*.

Reinbek bei Hamburg 1979 Wilhelm Zimmermann: *Allgemeine Geschichte des großen Bauernkriegs (1841-43; 3 Bde)*. Köln 1999 („*Der große deutsche Bauernkrieg*“).

Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich am 8. Juni 2017



Aus opportunistischen Gründen setzte Premierministerin Theresa May von der konservativen Partei vorzeitig eine allgemeine Parlamentswahl an, obwohl sie vorher versprochen hatte, dies nicht zu tun. Sie glaubte, das Ergebnis würde ein Sieg über Labour unter Jeremy Corbyn sein, der bei den meisten seiner Abgeordneten unbeliebt war. May wollte ihre Position gegenüber den Führern der EU bei den Verhandlungen über den Brexit stärken, welche die Briten dafür bestrafen wollen, weil sie ihr Projekt verliessen. May stellte sich selbst als Thatcher-ähnliche Figur dar, ihren Wahlkampf führte sie in einem präsidentiellen Stil, ihre Partei kam dabei nur am Rande vor. Der Kommentar eines Kollegen, sie sei eine „bloody difficult woman“ (*), machte sie sehr stolz. May würde bei den Brexit-Verhandlungen eine zähe Partnerin sein.

Ihr Wahlkampf, der von den meisten Medien unterstützt wurde, obwohl sie es vermied, in der Öffentlichkeit aufzutreten oder mit anderen Parteiführern zu debattieren, begann gut, bis das Wahlprogramm der Tories bekannt wurde. Dieses hatte eine heftige Attacke auf ältere Menschen zum Inhalt. Diejenigen, die wegen schlechter Gesundheit Pflegeleistungen erhielten, sollten

diese Kosten nun von den Erträgen ihres eigenen Hauses bezahlen, mit der Folge, dass ihre Kinder nicht mehr in der Lage sein würden, das Erbe anzutreten. Die Unterstützung durch die Regierung für die Heizkosten im Winter sollte abgeschafft werden. Kinder aus ärmeren Familien würden kein kostenloses Mittagessen in der Schule mehr erhalten. Es sollte durch ein kostenloses Frühstück ersetzt werden, das mit 0,1 € pro Kind bezuschusst werde. Daraufhin brach eine große Revolte bei ihren Kollegen aus und die Maßnahmen wurden fallengelassen. Dies führte zu einem Verfall von Mays Ansehen.

Im Hauptquartier der Labour-Party steckte jemand das Wahlprogramm an die Medien durch, bevor es offiziell veröffentlicht wurde. Der stellvertretende Parteivorsitzende Tom Watson ist möglicherweise der Schuldige. Die Absicht war, Corbyn und den Wahlkampf von Labour zu unterminieren. Das Ganze hatte aber einen gegenteiligen Effekt, die Vorschläge waren sehr populär. Der Hauptpunkte waren: die Verstaatlichung des Eisenbahnnetzes und der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und anderen Betriebsstoffen; progressive Besteuerung der Reichen; Investitionen in den Nationalen Gesundheitsdienst und das

Erziehungswesen sowie Rücknahme der Studiengebühren; ein besserer Arbeitsschutz, mehr Rechte für die Gewerkschaften, der Mindestlohn, die Abschaffung von Arbeitsverträgen mit Mindestbeschäftigungszeit von null Stunden [„zero-hour contracts“] usw.

Die rechten Gegner von Corbyn erwarteten eine Niederlage und sie arbeiteten dafür, um dann JC zu ersetzen. Einige Kandidaten erzählten der Öffentlichkeit, er würde eh nicht gewinnen und sie setzten sich in ihren Veröffentlichungen von ihm. Leute wie Yvette Cooper und Hilary Benn dachten darüber nach, nach der großen Niederlage, auf die sie hofften, erneut gegen Corbyn anzutreten. (Cooper hatte gegen JC bei der ersten Abstimmung über die Parteiführung verloren.) Die Blair-Anhänger unter den Parlamentariern akzeptieren die neoliberalen Vorstellungen und sie hassten Verstaatlichung, Besteuerung der Reichen usw. Für sie verkörpert Corbyn die Vergangenheit. Kandidaten von Labour, die fast einen Sitz errangen und manche, die einen gewannen, behaupten, sie hätten keinerlei Hilfe vom Apparat der Labour-Party erhalten, der sich in den Händen der Rechten befindet. Sie hatten keinen Kontakt damit.

Die Mainstream-Medien, und die Regenbogenpresse im Besonderen, dämonisierten Corbyn. Letztere denunzierten ihn als Unterstützer des Terrorismus. Er sei gemeinsam mit irischen Republikanern und mit Repräsentanten von Hamas auf der Bühne gestanden, als er die Palästinenser unterstützte. (Während des Wahlkampfes fanden bei uns islamistische terroristische Angriffe in Manchester und London statt.) Aber Corbyn vermittelte seine Botschaft über die Social Media, in Musikzeitschriften, die die jungen Leute kaufen, auch mit einem Song in der Hitparade und dadurch, dass er bei öffentlichen Auftritten im ganzen Königreich vor vielen Tausenden sprach. Je öfter die Menschen Corbyn hörten und sahen, umso mehr mochten sie ihn. (Blair et al. behaupteten, dass öffentliche Auf-

tritte „out“ sind, die Methoden der Werbeindustrie sind „in“.) Über zwei Millionen Menschen ließen sich selbst im Wählerregister eintragen, 1,05 Millionen von ihnen waren zwischen 18 und 24; diese stimmten mit einer überwältigenden Mehrheit für Labour.

Labour erhielt knapp über 40% der Stimmen, die Tories etwas über 42%. Das ergab 262 bzw. 318 Mandate. Labour bekam 3,45 Millionen Stimmen mehr als 2015. May verlor ihre absolute Mehrheit. Sie wurde nur durch die schottische Parteigliederung gerettet, die 13 Sitze gewann (vorher hatte sie einen), wegen ihrer strikten Gegnerschaft gegen die Unabhängigkeit und dem Wunsch der SNP, wieder der EU beizutreten. Labour erlebte in Schottland ein Comeback. Sie erhielten 7 Sitze, in anderen Wahlkreisen waren sie nahe daran. Aber es ist notwendig, die Politik von Blair auf den Müll zu werfen und sich zu eigen zu machen, was Corbyn repräsentiert, eine klare Alternative zu Tories und der SNP. In Wales erzielte Labour das beste Ergebnis der letzten 25 Jahre. Der Erste Minister der Walisischen Versammlung, dem Regionalparlament für Wales, der von Labour gestellt wird, schien zu Beginn des Wahlkampfes sich mit Corbyn unwohl zu fühlen. Am Ende pries er Corbyn „dafür, verantwortlich zu sein, die Jugend gewonnen zu haben“. Plaid Cymru gewann einen zusätzlichen Sitz, so dass sie jetzt vier Abgeordnete nach Westminster schicken können. Dafür haben die Liberaldemokraten überhaupt keinen mehr, das erste Mal, seit die Liberale Partei 1859 gegründet wurde. Die anti-EU-Partei UKIP erlitt einen Kollaps, ihre früheren Anhänger kehrten zu den Tories und zu Labour zurück.

Nach der Wahl entschuldigten sich politische Experten, Radio- und Fernsehsprecher und -kommentatoren ebenso wie auch Parlamentarier in den Medien bei Corbyn dafür, dass sie „falsch gelegen hätten“ und „ihn unterschätzt hätten“. Owen Smith, der 2016 Corbyn bei der Wahl zum Parteivorsitzenden von Labour herausgefordert hatte, sagte: „Jeremy hat es geschafft, in einer Weise Politik zu vermitteln und Menschen vom Wert dieser Politik zu überzeugen, wie wir es früher nicht geschafft haben – und ich ziehe vor ihm meinen Hut.“ May unterschätzte die Antipathie in der Öffentlichkeit gegen die Sparpolitik.

Und während die politischen Experten sich wegen seiner Kleidung über Corbyn lustig machten und darüber, dass er hinausging, um wirklich mit den Leuten zu sprechen, geben sie jetzt zu, dass er dadurch, dass er die Antithese zu einem Karrierepolitiker ist und er zu den Massen spricht, er sie von seiner Aufrichtigkeit überzeugt hat. Es hätte mehr erreicht werden können, wenn nicht die Mehrheit der Labour-Abgeordneten seit seiner ersten Wahl zum Parteivorsitzenden daran gearbeitet hätte, JC zu torpedieren. Einige von ihnen werden sich jetzt hinter Corbyn stellen, aber andere werden fortfahren, ihren eigenen Plänen zu folgen. Seit den Wahlen sind 150.000 neue Mitglieder in die Labour-Party eingetreten, so dass sie jetzt über 800.000 Mitglieder hat. Ein politischer Kommentator des Magazins The Spectator glaubt, dass „eine deutliche Veränderung bei der politischen Einstellung der Jungen in den letzten Monaten stattgefunden hat. Es ist noch nicht so lange her, dass der Kapitalismus die Jugend im Westen für alle Zeiten für sich eingenommen zu haben schien. Sie warfen keine Steine mehr gegen die bürgerliche Gesellschaft wie in den 60er Jahren, noch vergötterten sie linke Helden wie Che Guevara. In der ganzen entwickelten Welt wächst unter den jungen Menschen die Abneigung gegen den Kapitalismus – diese ist nun weit verbreitet, nicht nur beschränkt auf den lärmenden Protest, den Aktivisten der Anti-Globalisierungsbewegung jedes Jahr am 1. Mai äußerten.“

Inzwischen versucht May, mit der Democratic Unionist Party in Nordirland einen Deal zu machen, um zu überleben. Sinn Fein gewann drei zusätzliche Sitze und dominiert damit den republikanischen Teil der Gemeinschaft, die DUP gewann zwei Sitze dazu und dominiert die pro-britische Gemeinschaft. Bis zum Frühjahr dieses Jahres stellten sie gemeinsam im Rahmen des Friedensprozesses die Regierung, aber SF zog sich zurück, weil die DUP-Führerin Arleen Foster sich weigerte, zuzutreten. Der Hintergrund war, dass ein Finanzskandal entdeckt worden war, bei dem Millionen von britischen Pfund verschleudert worden waren. Die DUP ist eine reaktionäre Partei, die mit extremen Protestanten verbunden ist, sie ist gegen moderne

liberale Werte in sexuellen Dingen, gegen Abtreibung usw. Aber da sie ihre Wurzeln in der Arbeiterklasse hat, ist sie gegen die Sparpolitik, andererseits verteidigt sie die Einheit des Vereinigten Königreichs und ist für den Brexit. Sie will aber, dass die Grenzen zur Irischen Republik offen bleiben. Sinn Fein wird natürlich ihre [7] Sitze im Britischen Parlament nicht einnehmen und kann somit auch Corbyn nicht helfen. Der frühere Vorsitzende der Tories, John Major, der die Verhandlungen für den Friedensprozess begann, warnte vor einem Deal mit der DUP, welcher die Regierung in London mit einer Seite zusammenbringen würde, anstatt neutral den beiden Gemeinschaften gegenüber zu sein. Wie auch immer, jeder Deal, den May macht, kann keine länger andauernde Stabilität bringen. Das macht eine Neuwahl in nicht allzu ferner Zukunft wahrscheinlich. Corbyn, der für die meisten seiner Labour-Kollegen zum Helden geworden ist, ist bereit, eine Regierung zu bilden, sollte May scheitern.

m.j. (14.6.17)

*) Anm.: „bloody difficult woman“ kann „verdammt böses Weib“ heißen oder „verdammt trotziges Weib“

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Kurdistan

1921 wurde Kurdistan zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Heute sind die Verhältnisse im Umbruch:

Die Türkei gibt sich gerade eine neue Verfassung, mit dem Präsidenten als Alleinherrscher. Der Iran erlebt immer mehr Protest und Widerstand gegen die autoritäre Diktatur. Der Irak existiert als Staat zur Zeit faktisch nicht mehr. Das autonome Kurdistan strebt nach Selbständigkeit. Syrien ist als Staat zusammengebrochen, mehr als 1200 Milizen ringen um die Macht. Eine der stärksten Milizen ist die kurdische YPG. Rojava ist faktisch selbständig, aber täglich bedroht. Wie geht es weiter? Die Broschüre beschreibt die Situation der Kurdinnen und Kurden in den vier Ländern, unter denen sie nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilt wurden. Es geht auch ausführlich auf heikle Punkte ein, so die Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien, Strömungen und Gebieten.

Reinhard Pohl: **Kurdistan**
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Anzeige

August Thalheimer

**Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst**



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Immer noch Kommunist?**Erinnerungen von Paul Elflein**

Herausgegeben von Rof Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband
5,00 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 196 Sommer 2017, 36 S.

- Nachbetrachtung zur NRW-Wahl
- Oktoberrevolution und Sowjetunion
- Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika
- Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen
- Der Traum der Revolution
- Nachruf auf Theodor Bergmann

Nr. 195 Frühjahr 2017, 40 S.

- Eine Schwalbe macht keinen Sommer
- Fakten über den Brexit
- Israelische Einmischung in die britische Politik
- 100 Jahre Oktoberrevolution
- Zur Rolle Kerenskis in der russischen Februarrevolution
- DKP nach dem 21. Parteitag
- Erklärung zum Syrienkrieg
- Deutsche Befindlichkeiten
- Zum Briefwechsel von Käte und Hermann Duncker
- Marxismus und Utopie

Nr. 194 Winter 2016, 36 S.

- In Zeiten der Cholera
- Zur Faschismusk Diskussion
- Überlegungen zur Revolution
- Ist die Türkei auf dem Weg zum Faschismus?
- Zum Ausgang des Brexit-Referendums
- Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung
- 1939: Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten KPO-Genossen

Nr. 193 Herbst 2015, 36 S.

- Abschrecken, rüsten, Krieg führen
- Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 2
- Tschechien vor der Wahl
- Zum Spanischen Bürgerkrieg

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Anzeigen



ROTE HILFE e.V.



Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de
★ www.rote-hilfe.de ★

Solidarität organisieren
Mitglied werden!



DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

**Auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**



Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen



Name

Vorname

Alter

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

eMail

Telefon

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org



Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen (z.Z. leider nicht lieferbar)	66 Seiten, 2,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org